

Wie soll Sachsen im Jahr 2000 aussehen?

21.

Grundsätze und Programm der Sächsischen Union

beschlossen am 9. Oktober 1993
auf dem 6. Landesparteitag
der Sächsischen Union in Chemnitz

Aufwärts
in Sachsen



2/201/16-2
Sachsen
9.10.93

E i n l e i t u n g

Europa steht vor tiefgreifenden Veränderungen, die weit über das Jahr 2000 hinausweisen. Sie werden bestimmt durch den raschen Wandel der neu- bzw. wiedergegründeten osteuropäischen Staaten, die europäische Integration und die Entwicklung in den außereuropäischen Ländern.

Änderungen der Bevölkerungsstruktur, der Kommunikations- und sonstigen Technik und notwendige Strukturreformen im Bildungs- und Sozialbereich fordern von einer christdemokratischen Politik Flexibilität und neue Denkmodelle. Dazu gehört die Abkehr von einigen überkommenen Vorstellungen und ungerechtfertigten Besitzständen.

Unverzichtbar aber bleibt die Orientierung am christlich-humanistischen Menschenbild und den wesentlichen Überlieferungen der abendländischen Kultur.

Die Sächsische Union geht in den Wahlkampf 1994 mit dem Ziel, in der dann folgenden Legislaturperiode wieder die Regierungsverantwortung im Freistaat Sachsen zu übernehmen.

Am Ende dieser Legislatur, im Oktober 1999, steht das Jahr 2000 unmittelbar bevor.

Die Frage, "Wie soll Sachsen im Jahr 2000 aussehen?", ist deshalb eine äußerst aktuelle Frage.

Wie sich die sächsischen Christdemokraten die Beantwortung dieser Frage in wesentlichen Punkten vorstellen, ist im vorliegenden Programm dargestellt.

Das Programm ist so gegliedert, daß nach einer Präambel im Teil II beschrieben wird, wie sich aus sächsischer Sicht die außenpolitischen und im Teil III die innenpolitischen Aufgaben darstellen, die überwiegend unter Verantwortung des Bundes stehen. Der Teil IV ist der sächsischen Landespolitik, Teil V der Kommunalpolitik und Teil VI den sächsischen Regionen gewidmet, während im Teil VII dann auf die kleinen Lebenskreise, den einzelnen Bürger und seine sozialen Beziehungen eingegangen wird. In diesem Duktus werden die Grundsätze der sächsischen Sozial- und Gesundheitspolitik am Ende des Programms beschrieben. Das bedeutet keinesfalls, daß diese Bereiche in ihrer politischen Wertigkeit ganz hinten rangieren.

Die gewählte Abfolge weist vielmehr darauf hin, daß alle politischen Anstrengungen der Sächsischen Union letztlich darauf gerichtet sein sollen, den Menschen zu dienen.

Die Sachsen sind aufgefordert, sich zu informieren und zu prüfen, inwieweit diese Vorstellungen von der Zukunft des Landes mit den ihren übereinstimmen.

Das Programm der Sächsischen Union soll dabei kein starres Dogma sein.

Trotz der relativ kurzen Zeitspanne, für die unsere Zukunfts-

projektion gelten soll, gibt es noch Unwägbarkeiten, die u. U. auch Korrekturen erfordern können.

Der Anspruch dieses Programms heißt auf keinen Fall: "Das werden wir - die Mitglieder der sächsischen CDU - stellvertretend für alle leisten."

Es geht vielmehr darum: Sind die Menschen in Sachsen bereit, die von uns formulierten Ziele anzunehmen und sich selbst mit aller Kraft und der ihnen eigenen sächsischen Beharrlichkeit dafür einzusetzen?

Bisherige Erfahrungen lassen den Schluß zu, daß es keinen Anlaß gibt, daran zu zweifeln.

I . P r ä a m b e l

Ursprung
und
Grundlagen

1. Die Sächsische Union knüpft an die Gründungsgeschichte der CDU in Sachsen an, an Geist und Ideale ihrer Gründer, wie Pfarrer Ludwig Kirsch aus Chemnitz, Prof. Hugo Hickmann und D. Reimer Mager aus Dresden sowie Ernst Eichelbaum und Carl Günther Ruland aus Leipzig.

Sie stellt sich auf den Boden christlicher Grundwerte und Traditionen, und sie ermöglicht auf dieser Grundlage gemeinsames politisches Handeln von Christen verschiedener Konfessionen und von Nichtchristen, die christliche Grundwerte als ethische Grundlage für verantwortliche Politik anerkennen.

Die CDU sieht den Menschen, gemäß ihrer christlichen Tradition, als ein Ganzes. Er wird nicht allein durch seinen gesellschaftlichen Status und sein soziales Umfeld bestimmt, sondern in gleicher Weise von der Kultur, der Tradition und der Religion. Nur eine ganzheitliche Sicht des geistigen, ethischen und materiellen Lebens wird diesem Menschenbild gerecht.

Die CDU tritt für die Freiheit und das Recht des Individuums ein, doch ebenso für das Recht der Gemeinschaft auf Sicherheit, Achtung und Anerkennung ihrer Tradition. Individuum und Gemeinschaft können nur in ihrer gegenseitigen Bedingtheit gesehen werden. Wie es die Würde des einzelnen gibt, so auch die Würde der Gemeinschaft.

Widerstand
und
Versagen

2. Unter dem Einfluß der sowjetischen Besatzung als Folge des zweiten Weltkrieges konnte die CDU-Ost, trotz des Widerstandes vieler ihrer Mitglieder, dem Druck und Terror der SED nicht standhalten und die weitgehende Übernahme der Führung durch SED-hörige Funktionäre nicht verhindern. Wegen ihrer Überzeugung wurden CDU-Mitglieder, ebenso wie auch Mitglieder

anderer demokratischer Parteien, in Gefängnisse und Lager verschleppt, oder sie haben ihre Heimat verlassen müssen.

Von 1949 bis 1989 hat sich ein Großteil der CDU-Mitglieder, trotz allem, nicht als Erfüllungsgehilfe der DDR-Einheitspartei empfunden, sondern CDU-Mitgliedschaft oft bewußt als Ausdruck einer Abgrenzung zur atheistischen und menschenfeindlichen Politik der SED verstanden oder als Ausflucht benutzt, um der SED-Mitgliedschaftswerbung zu entgehen.

Gleichwohl hat die CDU in der DDR insgesamt kaum wesentlichen Widerstand gegen die verordnete Staatsideologie zustande gebracht, sondern vielmehr die ihr zugewiesene Rolle als Blockpartner der SED erfüllt.

Aus diesen Gründen haben manche die Mitgliedschaft aufgegeben oder erst gar nicht angestrebt. Sie haben ihre politische Vertretung vielmehr in der CDU der Bundesrepublik und der ihr angeschlossenen Exil-CDU gesehen, um nach der Wende der erneuerungswilligen Partei beizutreten.

Neuanfang
und
Erneuerung

3. Im Jahre 1989 hat die CDU auf sächsischem Gebiet einen Neuanfang gemacht, sich eindeutig gegen den Sozialismus gestellt und sich zur Einheit des deutschen Volkes bekannt.

Nach der Neugründung des CDU-Landesverbandes Sachsen als Glied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat sich die Sächsische Union gemeinsam mit neuen Kräften einem Erneuerungsprozeß unterzogen, dessen Ziele und Grundsätze mit der Annahme des Leitantes zum 3. Landesparteitag von Görlitz (26.10.1991) "Vergangenheit aufarbeiten - Zukunft gewinnen" für alle Mitglieder verbindlich sind.

Dem Volk dienen
und Verantwortung
tragen

4. Die Sächsische Union will den Menschen in Sachsen aus christlicher Verantwortung dienen, an der politischen Willensbildung des Volkes entscheidend mitwirken und politische Verantwortung im Dienst und im Auftrag der Sachsen und für ganz Deutschland tragen.

Wer in der Sächsischen Union Verantwortung übernehmen kann, hängt ab vom Vertrauen, das ihm die Mitglieder der für die Nominierung zuständigen Parteigliederung entgegenbringen.

Jeder wird daran gemessen, ob er die Ziele und Grundsätze der CDU in seinem Wirkungskreis glaubwürdig vertreten kann.

Offen für die
Mitwirkung vieler

5. Die Sächsische Union ist offen für die politische und sachbezogene Mitwirkung von Parteilosen, die der CDU nahestehen und sich ihren Grundwerten und Zielen verbunden wissen.

Dies gilt insbesondere für unsere satzungsgemäßen Vereinigungen und Sonderorganisationen, die Junge Union (JU), die Frauen-Union (FU), die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), die Mittelstandsvereinigung (MIT), die Wirtschaftsvereinigung (WIV), die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (OMV), die Senioren-Union (SU), den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) und die Land-Union sowie auch für die vom Landesvorstand berufenen Arbeitskreise und Fachausschüsse, oder auch für andere Arbeitskreise, wie z.B. den Ökumenischen Arbeitskreis in Dresden.

Als Kandidaten für CDU-Mandate in den Gemeinderäten, Ortschaftsräten und Kreistagen, kommen in erster Linie CDU-Mitglieder in Frage. Aber wir werden auch weiterhin für die Beteiligung von Parteilosen dankbar sein.

Die Sächsische Union wird bei den Direktwahlen der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in der Regel eigene Kandidaten nominieren. Unter besonderen Voraussetzungen werden wir aber auch andere Kandidaten unterstützen, wenn sie nach gewissenhafter Abwägung für das Amt geeignet erscheinen.

Landtagsmandate, Bundestagsmandate und Sitze im Europäischen Parlament, soweit sie von der CDU besetzt werden, stehen nur Mitgliedern der CDU offen. Die Sächsische Union bemüht sich darum, ihre Mitglieder zu fördern, zu unterstützen, weiterzubilden, zur aktiven Mitarbeit zu motivieren und neue Mitglieder zu gewinnen.

Wahrheit und Gerechtigkeit

6. Die Sächsische Union bekennt sich zur Notwendigkeit, die Vergangenheit aufzuarbeiten.

Sie setzt sich dafür ein, daß die Unmenschlichkeit und die Verbrechen des SED-Regimes offengelegt und konsequent im Rahmen der Gesetze geahndet werden. Den Opfern muß Gerechtigkeit widerfahren und Wiedergutmachung geleistet werden.

Gegen DDR-Nostalgie und Sozialismus

7. Die Sächsische Union wendet sich gegen DDR-Nostalgie und Glorifizierung des Sozialismus.

Der "real existierende Sozialismus" ist nicht deshalb gescheitert, weil seine Führer versagt haben, oder weil seine Lehre verfälscht wurde.

Der Wesenskern der sozialistischen Ideologie ist falsch und hat sich in seinen Auswirkungen als unmenschlich und verheerend erwiesen.

Wir stehen auf der Seite derjenigen, die in der DDR unterdrückt wurden, und denen die Machthaber das Leben schwer gemacht haben. Die Mehrheit der Bevölkerung hat das sozialistische System nicht gewollt, mußte sich aber der Diktatur beugen und die Lebensgestaltung an die schwierigen Verhältnisse anpassen. Unter diesen Bedingungen haben viele, trotz allem, Hervorragendes geleistet und sich bemüht, die Lebensgrundlagen für die Bevölkerung zu sichern und das Land nicht ganz und gar verkommen zu lassen.

Wenn wir uns gegen den Sozialismus wenden, meinen wir damit keinesfalls, daß alles schlecht war, was die Menschen unter sozialistischen Verhältnissen getan und gewollt haben.

Geistige, wirtschaftliche und soziale Einheit, gemeinsame Aufgabe aller Deutschen

Für das vereinte Europa

8. Der Freistaat Sachsen ist im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands neu entstanden, weil die CDU an der staatlichen Einheit Deutschlands festgehalten und unter ihrer Führung 1989/1990 verwirklicht hat. Die sächsischen Christdemokraten sehen es jetzt als die gemeinsame und wichtigste Aufgabe aller Deutschen an, die geistige, wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

9. Die Sächsische Union strebt die Europäische Union der Völker und Volksgruppen, Staaten und Regionen an, die freiheitlich und demokratisch nach den Grundsätzen des Föderalismus und der Subsidiarität gestaltet ist. Dabei dürfen die Rechte der deutschen Länder nicht ausgehöhlt, sondern müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden. Dazu sind auch Rechte zurück auf die Ebene der Mitgliedsstaaten oder deren Länder bzw. Regionen zu übertragen.

Die Sächsische Union sieht im Subsidiaritätsprinzip die Garantie für die Bürgernähe und die nationale und regionale Vielfalt Europas.

II. Die erweiterte Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands

Die neue Wirklichkeit

10. Die Wiedervereinigung Deutschlands steht im engen Zusammenhang mit einer grundlegenden Veränderung der politischen Verhältnisse in Europa und in der Welt. Nach dem Ende des kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation brechen die Bündnisse auseinander, die auf der Grundlage von Zwang und Angst entstanden waren.

Nationale Identität
und
Verantwortung
in der Welt

Viele Völker sind dabei, ihre nationale Identität neu zu gewinnen. Wiedererwachende und widerstreitende nationale Interessen führen aber auch zu neuen Konflikten, deren Verlauf angesichts der Verfügbarkeit immer noch überdimensionaler Waffen- und Militärpotentiale völlig unberechenbar ist.

11. Die Sächsische Union will daran mitwirken, daß sich die Deutschen ohne Beklemmung, aber auch ohne Überheblichkeit wieder als eine Nation verstehen.

Insbesondere der Wunsch junger Menschen, sich in aller Selbstverständlichkeit zustimmend und kritisch ihrem Vaterland zu stellen, bedarf der vorurteilsfreien Gesprächsbereitschaft der Generationen, die ihre Erfahrungen mit deutscher Geschichte offen einbringen sollten.

Deutschland muß in einer sich neu ordnenden Welt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit als stabilisierende und friedensstiftende Kraft Verantwortung übernehmen.

Unverzichtbar ist dabei die Einbindung Deutschlands in die Vereinten Nationen, in die NATO und in die Europäische Gemeinschaft, die sich angesichts von Verteilungskonflikten und politischer Instabilität auf neuartige sicherheitspolitische Herausforderungen einstellen müssen.

In diesem Zusammenhang muß die Rolle der Bundeswehr innerhalb der Vereinten Nationen und in einer europäischen Friedensordnung geklärt und neu definiert werden.

Die Sächsische Union versteht darunter eine eindeutige Zusage unserer Bündnistreue und die Bereitschaft zur Erfüllung von Aufgaben, die auch von den anderen Bündnispartnern zu leisten sind.

"Solidarpakt
Osteuropa"

12. Der krasse Unterschied im Lebensstandard der Völker bei gleichzeitig offenen oder weitgehend durchlässigen Grenzen wird zwangsläufig umfangreiche Wanderungsbewegungen auslösen, deren Auswirkungen bislang nicht absehbar sind.

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, daß sich die Europäische Gemeinschaft als Verantwortungsgemeinschaft auf diese Entwicklung einstellt und sich entschlossen der Probleme annimmt. Dazu ist eine engere politische Zusammenarbeit zunächst zwischen der EG und Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn und den baltischen Staaten erforderlich.

Sachsen kommt dabei als Grenzland eine besondere Bedeutung zu, dem die Sächsische Union durch die weitere Entwicklung der Euro-Region Böhmen-Sachsen-Schlesien Rechnung tragen will. Darüber hinaus setzt sich die Sächsische Union für eine verstärkte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und mit den Staaten Ost- und Südosteuropas und für einen ökonomischen "Solidarpakt Osteuropa" ein.

Eine vielfältige Hilfe für die jungen Demokratien hält die Sächsische Union für den wichtigsten Beitrag des Westens zur Einigung Europas.

Schutz für poli-
tisch Verfolgte -
aber gegen Rechts-
mißbrauch

13. Die Sächsische Union bekennt sich zum Grundsatz der Asylgewährung für politisch Verfolgte. Eine von ihr geführte Regierung wird alle Anstrengungen unternehmen, für diese Personengruppe menschenwürdige Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Sie setzt sich andererseits aber konsequent für die umgehende Rückführung derjenigen ein, die unser Asylrecht mißbrauchen. Die Sächsische Union fordert die schnelle Ausweisung von straffällig gewordenen Asylbewerbern auf rechtsstaatlicher Grundlage.

Zuwanderung,
Staatsbürger- und
Ausländerrecht

14. Die Sächsische Union hält es für notwendig, die Fragen der Zuwanderung, der Einwanderungspolitik, der zukünftigen Gestaltung des Staatsbürgerrechtes und der Einbürgerung der in Deutschland lebenden Ausländer unter Wahrung nationaler Interessen europaweit zu regeln.

I I I . S t a b i l i t ä t n a c h i n n e n

Repräsentative
Demokratie und
Mehrparteiensystem

15. Die Sächsische Union tritt für die freiheitlich-demokratische Ordnung auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ein. Änderungen im Grundgesetz, die der neuen politischen Wirklichkeit Rechnung tragen, müssen behutsam vorgenommen werden, ohne daß dadurch Bewährtes ausgehöhlt wird. Für bewahrenswert halten die sächsischen Christdemokraten insbesondere das Prinzip der repräsentativen Demokratie und das Mehrparteiensystem. Die teilweise berechtigte Kritik an Parteien und einzelnen Politikern darf nicht dazu führen, die Existenzberechtigung politischer Parteien generell in Frage zu stellen. Vielmehr liegt es im Interesse der Deutschen, den demokratischen Parteien zur Erfüllung ihres Grundgesetzauftrages nach Artikel 21 die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und Unterstützung zu gewähren. Die Sächsische Union will darauf hinwirken, daß die CDU Vertrauen im Volk behält oder dort, wo es verloren gegangen ist, zurückgewinnt. Eine Parteireform soll u.a. zum Ziel haben, Amts- und Mandatsträger der CDU auf politisch-moralische Verhaltensnormen zu verpflichten, die Finanzierung der Partei und die Entscheidungsprozesse durchsichtiger zu gestalten, Ämterhäufung zu reduzieren und die

Dauer von Mandaten zu begrenzen. An inhaltlichen und personellen Entscheidungen sollen möglichst viele mitwirken können.

Wehrhafte
Demokratie

16. Mit der Wiedervereinigung sind weder das über vier Jahrzehnte herrschende SED-Zwangsregime noch die Auswirkungen der sozialistischen Ideologie endgültig überwunden worden. Die Sächsische Union hält es weiterhin für dringend geboten, den Einfluß ehemaliger SED-Funktionäre und von Mitarbeitern des DDR-Staatssicherheitsdienstes, des sowjetischen Geheimdienstes oder von Personen, die nationalsozialistisches Gedankengut verbreiten, oder bei denen in anderer Weise Zweifel an der Verfassungstreue bestehen, im öffentlichen Dienst und in Schlüsselpositionen in ganz Deutschland konsequent zurückzudrängen. Rechts- wie linksextremistische Gruppierungen und Gewalttäter müssen konsequent bekämpft werden. Die Sächsische Union setzt sich für eine wehrhafte Demokratie ein. Dazu gehört ein funktionsfähiger Verfassungsschutz.

Innere
Sicherheit

17. Individuelle Freiheit und Freizügigkeit werden gerade in den neuen Bundesländern als große Bereicherung empfunden. Die gebotenen Freiräume werden aber auch von Kriminellen und in zunehmendem Maße von Verbrecherorganisationen mißbraucht. Die Sächsische Union setzt sich für die konsequente Bekämpfung der organisierten und sonstigen Kriminalität ein. Dazu müssen den Verfolgungsbehörden die notwendigen Mittel in die Hand gegeben, Gesetzeslücken geschlossen und Verträge mit Nachbarstaaten angestrebt werden. Weggefallene Kontrollen an den Innengrenzen der EG müssen durch andere Maßnahmen kompensiert und Verbrechen grenzüberschreitend bekämpft werden.

Dem Gewaltmonopol des Staates zur Abwehr von Gefahren und zur Bekämpfung der Kriminalität muß wieder zu mehr Akzeptanz verholfen werden. Verbrechen dürfen nicht bagatellisiert werden, sondern sie müssen öffentlicher Achtung unterliegen. Datenschutz darf nicht zum Verbrecherschutz werden.

Wirtschafts-
stabilität

18. Die Sächsische Union will dazu beitragen, daß Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiver und leistungsfähiger wird. Die Herausforderung, die sich aus der Notwendigkeit ergibt, Deutschland auch wirtschaftlich zu einen, eröffnet Chancen für längst fällige politische Korrekturen. Es geht dabei um die Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft unter dem Aspekt eines schärferen internationalen Wettbewerbs. Das heißt vor allem, Innovationskräfte zu mobilisieren. Hinzu kommt die ökologische Dimension.

Umweltschutz

19. Die Sächsische Union versteht Umweltpolitik als Daseinsfürsorge für kommende Generationen und setzt sich für einen ökologischen Generationenvertrag ein. Wirtschaftswachstum darf durch den Verbrauch von Energie und Rohstoffen nicht zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit führen. Aus diesem Grunde strebt die Sächsische Union eine ökologische Steuerreform an, die den Produktionsfaktor Umwelt zusätzlich zu den bereits existierenden, nämlich Arbeit und Kapital, in eine umweltökonomische Gesamtrechnung einbezieht. Wissenschaft, Forschung und Politik sollen vorrangig auf geringeren Verbrauch von Energie und Rohstoffen sowie auf Verminderung von Umweltbelastung hinwirken. Unser Lebensstil und Kaufverhalten, die auf wachsenden Wohlstand orientiert sind, müssen sinnvoll beschränkt werden. Unternehmenskonzepte, Manage-

ment, Genehmigungsverfahren und Abläufe in der Verwaltung sollen stärker ökologisch geprägt werden.

Für den Wirtschaftsstandort Sachsen ist die Schaffung einer modernen Infrastruktur besonders im Wasser- und Abwasserbereich sowie eine sozial- und wirtschaftsverträgliche Preisgestaltung Voraussetzung und wichtiger Standortfaktor.

Ökologie und Ökonomie dürfen nicht im Widerspruch zueinander stehen. Eine gesunde Umwelt ist wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in Sachsen. Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit und stabile Arbeitsplätze sind nur dort gesichert, wo die natürlichen Lebensgrundlagen intakt sind. Sanierung und Erhaltung der Umwelt sichern den Industriestandort auf Dauer ab. Entwicklung und Fertigung von Umwelttechnik sind zu wichtigen wirtschaftsfördernden Faktoren geworden.

Die Sächsische Union gibt sich mit der "Grünen Charta 1993" die Leitlinien zur Umweltpolitik und Landesentwicklung für die nächsten Jahre.

Soziale
Stabilität

20. Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, daß jeder nach seinen Leistungsvermögen zum Gemeinwohl beiträgt. Leistung soll sich lohnen - aber auch die Schwachen sollen menschenwürdig leben können. Viele Menschen haben in der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unverschuldet noch nicht ihren Platz finden können. Deshalb kommt dem Solidaritätsprinzip besondere Bedeutung zu. Wenn das soziale System dauerhaft stabil bleiben soll, muß sich die Gewährung sozialer Leistungen künftig vor allem an der Bedürftigkeit orientieren. Problematisch ist auch die demographische Entwicklung unseres Volkes zu sehen, die den Generationenvertrag für die Zukunft in Frage stellt. Schon deshalb ist eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, der Familien- und Steuerpolitik dringend geboten.

ten. Dazu ist es auch notwendig, Egoismus und Besitzstandsdenken zu überwinden. Nicht jedes Lebensrisiko kann staatlich abgesichert werden. Private Vorsorge muß künftig eine größere Bedeutung erlangen, ohne daß die Sicherungssysteme für die sozial Schwächeren angetastet werden. Das Lebensrecht steht als fundamentales Grund- und Menschenrecht nicht zur Disposition. Der Staat hat das menschliche Leben einschließlich des werdenden zu schützen.

Geldwert-
stabilität

21. Geldwertstabilität ist ein Gebot der Gerechtigkeit, denn ein Währungsverfall frißt einerseits die Spareinlagen auf und bevorteilt andererseits die Besitzer hypothekenbelasteter Immobilien.
- Die Sächsische Union setzt sich für eine stabilitätsorientierte europäische Währungspolitik ein. Die Europäische Notenbank und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union sind verpflichtet, für Preisstabilität zu sorgen.
- Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte muß trotz der besonderen Anforderungen durch den Aufbau der neuen Länder begrenzt werden, damit auch für die nächsten Generationen ausreichender Gestaltungsspielraum für politische Entscheidungen erhalten bleibt.

Rechtssicherheit
und Rechtsreform

22. Das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland hat sich bewährt. Allerdings sind manche Gesetze unter Bedingungen entstanden und gewachsen, die sich nicht ohne weiteres mit der Situation in den neuen Bundesländern vergleichen lassen. Dadurch ergeben sich mitunter Schwierigkeiten bei der Übertragung dieser Gesetze.
- Der Rechtsstaat als das System, das dem Bürger die Freiheitsrechte garantiert, muß auch in der Lage sein, Ungerechtigkeiten, die aus der Vergangenheit resultieren, zu korrigieren.
- Die Sächsische Union fordert deshalb

vor allem, daß die Gerichte bei ihren Entscheidungen nicht nur von westdeutschen Erfahrungen ausgehen, sondern die besondere historische Entwicklung in der ehemaligen DDR gebührend berücksichtigen.

Recht muß dem Gesetz folgen und von unabhängigen Richtern gesprochen werden. Recht bedarf aber der Auslegung und vollzieht sich nicht in einem wertfreien Raum, sondern es wird getragen vom allgemeinen Gesellschaftsverständnis und von den abendländischen Rechtstraditionen. Dieser Deutungsraum kann nicht verlassen werden, ohne daß die Gesellschaft Schaden nimmt.

Das öffentliche Recht der Bundesrepublik, das sich über Jahrzehnte verfeinert und an die bisherige westdeutsche Entwicklung angepaßt hat, trägt den Bedingungen einer Aufbruchs- und Aufbausituation besonders im Osten nicht genügend Rechnung. Die sächsischen Christdemokraten werden auf eine Vereinfachung und Modernisierung des öffentlichen Rechts und des Verwaltungsaufbaus hinwirken, und sie fordern dazu vom Bundesgesetzgeber den notwendigen eigenen Gestaltungsspielraum.

I V . Ein starkes Sachsen im vereinten Deutschland

Sächsisches
Selbstverständnis

23. Sachsen zeichnet sich aus durch eine reiche kulturelle, wissenschaftliche, handwerkliche und industrielle Tradition, durch die Vielfalt und Schönheit seiner Regionen und durch den Fleiß, das Geschick und die Liebeshwürdigkeit seiner Menschen.
- Sachsen als eines der ältesten und traditionsreichsten deutschen Länder schaut auf eine tausendjährige Geschichte zurück.
- Darin eingebettet ist die Geschichte

und Kultur des zu Sachsen gehörenden niederschlesischen Gebietes und der sächsischen Bürger sorbischer Volkszugehörigkeit.

In seinen Glanz-, doch auch in seinen Stagnationszeiten, ist trotz aller politischer Wechselfälle das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Selbstverständnis seiner Bevölkerung entstanden.

Sachsen ist das Land der Reformation. Seine Geistesgeschichte ist protestantisch geprägt und war von größtem Einfluß auf die deutschen Denktraditionen. Eine wertvolle Ergänzung erfuhr dieses protestantische Kulturverständnis durch das katholische Königshaus und katholische Bevölkerungsgruppen, die besonders durch die Vertreibung von Deutschen nach dem 2. Weltkrieg bedeutenden Zuwachs erfuhren.

Sächsische Tradition und Mentalität sind nur aus der Vielfalt der regionalen Überlieferungen wie aus den großen kulturellen Strömungen, an denen Sachsen entscheidend Anteil nahm, zu erklären.

Damit waren höchste Leistungen in allen Geistes- und Kunstrichtungen verbunden und die Herausbildung bedeutender Kultureinrichtungen, die in breite Bürgerkreise wirkten und zu einer, auch in Deutschland seltenen Wechselbeziehung zwischen Volks- und Spitzenkultur führte.

Die sächsischen Christdemokraten wollen darauf hinwirken, daß sich die Sachsen mit der ihnen aus ihrer Geschichte und Tradition erwachsenen Stärke und Leistungsfähigkeit dem Aufbau und der Entwicklung ihres Landes widmen und in absehbarer Zeit aus eigener Kraft wesentlich zum Nutzen für ganz Deutschland beitragen können.

Wirtschaft
und Arbeit

24. Die Sächsische Union tritt für eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik ein.
Voraussetzung dafür ist ein gesundes Verhältnis von großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen.
Das vorrangige Ziel sächsischer Wirt-

schaftspolitik besteht darin, die Rahmenbedingungen für das Entstehen moderner und dauerhafter Arbeitsplätze zu schaffen.

Ausgehend von einem erhaltenswerten Kern der sächsischen Industrie, der durch zeitlich begrenzte staatliche Förderung die Chance zur Anpassung erhalten soll, setzen die sächsischen Christdemokraten vor allem auf innovative Konzepte, auf zukunftsorientierte Technologien, Umwelttechnik, Forschung und Entwicklung, neue Verkehrskonzepte und moderne Kommunikationstechnik. Dabei wird die Zusammenarbeit mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen unterstützt.

Die Rolle des Staates im unternehmerischen Bereich muß dabei begrenzt bleiben. Staatliche Mittel sollen vorrangig als Anreize für private Investitionen oder als Eigenkapitalhilfen eingesetzt werden, wobei strukturell benachteiligte Regionen in der Regel zu bevorzugen sind.

Dabei sollen neue Wege in Angriff genommen werden, z.B. die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, auch im Rahmen staatlicher Unternehmensförderung. Wesentliche Bedeutung kommt weiterhin der Förderung des Handwerks und des Mittelstandes zu. Die Förderinstrumente sind im ständigen Dialog mit den Kammern und Innungsverbänden an die konkreten Bedingungen anzupassen.

Wirtschaft und Handwerk sind ihrerseits verpflichtet, ihrer Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen nachzukommen.

Fortbildung und Umschulung bleiben weiterhin wichtige Angebote zur Anpassung an den Arbeitsmarkt.

Arbeitsförderungsmaßnahmen sollen zunehmend darauf orientiert werden, letztlich Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Eine berufliche Tätigkeit im festen Anstellungsverhältnis muß sich dabei deutlich mehr lohnen als die Beschäftigung innerhalb einer ABM oder der Bezug von Lohnersatzleistungen.

Die Arbeitseinkommen sollen sich im

gesunden Verhältnis zur Produktivität entwickeln. Der öffentliche Dienst darf nicht mehr Vorreiter bei der Lohn- und Gehaltsentwicklung sein.

Die Sächsische Union vertritt Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen gleichermaßen im Sinne optimaler Ergebnisse, die sich für alle Seiten auszahlen.

Das Tempo und der Zeitraum der Angleichung an westdeutschen Standard muß sich nach Ansicht der sächsischen Christdemokraten daran orientieren, inwieweit andere Aspekte sächsischer Lebensqualität und Lebensart dabei in gleicher Weise entwickelt oder erhalten werden können. Zu diesen Aspekten gehört die Erhaltung und Pflege der reichhaltigen Kultur ebenso wie das in schweren Zeiten entstandene Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen.

Die Sächsische Union hält Förderungsprogramme für diejenigen, die besonders hart von der schwierigen Arbeitsmarktsituation betroffen sind, für notwendig. Dazu gehören in erster Linie Frauen, 50 - 60jährige, Alleinerziehende, Behinderte und junge Menschen, die nach der Ausbildung keinen Arbeitsplatz finden.

Neue Formen der Arbeitsgestaltung, flexiblere Arbeitszeitregelungen, eine bessere Organisation der Arbeitsvermittlung und die Ermunterung zu privater Initiative sollen vielen die Möglichkeit zur sinnvollen Mitwirkung am Aufbauwerk eröffnen.

Sachsens
ländlicher Raum

25. Der ländliche Raum gehört mit seinen Dörfern, kleinen und mittleren Städten zu den besonderen, geschichtsträchtigen Siedlungs- und Erwerbsstrukturen und Kulturlandschaften. In ihm leben etwa 40 % der Bevölkerung Sachsens in mehr als 3000 Gemeinden. Die Vorteile dieser überschaubaren Lebensgemeinschaften, die sich u.a. in einer geringeren Kriminalitätsrate und dem besseren Zusammenhalt der Menschen ausdrücken, müssen erhalten bleiben. Den Gefahren der Abwanderung, z.B. auf Grund fehlender Arbeitsplätze und Ver-

sorgungseinrichtungen, muß mit aller Kraft entgegengewirkt werden.

Die CDU setzt sich zum Ziel, möglichst rasch und umfassend die Infrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern.

Verkehrs- und Telekommunikationsmöglichkeiten sind auszubauen, um gute Voraussetzungen für Arbeitsplätze zu schaffen. Durch gezielte Förderung soll die soziale, kulturelle und Bildungsinfrastruktur verbessert werden. Dazu gehören Schulen, Kinos, Gesundheitseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten, Theater und Sportstätten.

Ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler des ländlichen Raumes ist die Agrar- und Forstwirtschaft. Vorrangiges Ziel der CDU ist dabei, die Vergangenheit aufzuarbeiten und die Eigentumsverhältnisse gerecht zu ordnen. Zwangskollektivierungen in den LPGen und Enteignungen land- und forstwirtschaftlicher Immobilien waren Unrecht und müssen im Rahmen des Möglichen korrigiert werden. Der Zusammenführung von Boden- und Gebäudeigentum kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Die CDU in Sachsen ist der Überzeugung, daß die notwendige Umstrukturierung der Agrarwirtschaft als Chance genutzt werden kann, eine wettbewerbsfähige, marktorientierte und umweltgerechte Landwirtschaft in den dafür am besten geeigneten Unternehmensformen zu schaffen. Sächsische Betriebsleiter müssen gute Möglichkeiten zur Weiterbildung erhalten und durch eine neutrale Officialberatung unterstützt werden.

Damit sächsische Produkte in bester Qualität die einheimischen und internationalen Märkte erobern können, bedürfen auch die sächsische Ernährungswirtschaft und das Lebensmittelhandwerk zielgerichteter Hilfen.

Gleichzeitig muß die sächsische Landwirtschaft aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Nur eine umweltgerechte Landwirtschaft, bei der Ökonomie und Ökologie nicht im Widerspruch stehen, kann zur Bewahrung der Schöpfung beitragen und gleichzeitig hochwertige Rohstoffe für Lebensmittel und

zur industriellen Verarbeitung garantieren.

Auch im Forst sind große Hypotheken zu tilgen. Neben der Klärung der Eigentumsverhältnisse und der Rückübertragung des kommunalen und privaten Waldes steht vor allem das Ziel einer naturnahen Waldwirtschaft im Vordergrund. Fichtenmonokulturen sollen nach und nach durch gesunde standorttypische Mischwälder ersetzt werden.

Die Sächsische Union wird sich dafür einsetzen, daß insbesondere auch die geschädigten Waldregionen des Erzgebirges schnellstmöglich gesunden. Dazu ist eine grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit notwendig.

Sachsens Kultur

26. Die Sächsische Union setzt sich für die Erhaltung der kulturellen Vielfalt Sachsens ein. Sie fördert die auch während der Jahre der Teilung nicht erloschene einheitliche deutsche Kultur, da diese die Wertvorstellungen und die Identität aller Deutschen entscheidend bestimmt.

Die Zuständigkeit für die Finanzierung muß zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sinnvoll geordnet werden.

Die Kultur Sachsens hat christliche Wurzeln. Das zeigt sich in ihren Themen, ihrer Tradition und ihrem Gesellschafts- und Menschenverständnis.

Diese Kultur hilft dem einzelnen, einen Sinnhorizont für sein Leben zu finden. Unsere Kulturpolitik muß dem Rechnung tragen.

Es gilt, die Einrichtungen interpretierender Kunst (Theater, Orchester, Filmbühnen u.a.) nicht als museale Bestände zu fördern, sondern als Stätten lebendiger Kultur, die Brücken zwischen Überlieferung und Gegenwart schlagen, den Herkunftssinn stärken und sich mit einem geänderten Selbstverständnis der Gesellschaft und wechselnden soziologischen Strukturen wandeln.

Ähnliches gilt für Museen und Denkmale. Als Zeugen unserer Vergangenheit vertiefen sie Lebensbezüge und Gegen-

wartsverständnis und bilden eine wesentliche Ergänzung zur Arbeitswelt.

Daraus folgt auch, daß unsere Kulturpolitik die Kulturtradition stets in Verbindung mit der Gegenwart und ihren Lebensgegebenheiten sieht. Die Aufwendungen für die Kultur müssen deshalb in einem angemessenen Verhältnis zum Aufbau und zur Unterstützung anderer wichtiger Bereiche stehen.

Jede Kultur, die nur von den Leistungen der Vergangenheit lebt, erstarrt. Deshalb ist die zeitgenössische Kunst und Kultur in ihrer Breite zu fördern und zu unterstützen. Die Zahl der Kunstpreise sowohl des Freistaates als auch der Regionen und Kommunen ist zu erhöhen. Über eine mit privaten und staatlichen Geldern finanzierte Kulturstiftung sind Projekte der Literatur, Musik und bildenden Kunst sowie Festspiele unterschiedlicher Gattungen zu unterstützen.

Förderung verdient auch die Volks- und Breitenkultur: Jugendkulturstätten, Kirchenmusik, Kultur- und Heimatvereine sowie die Pflege der sächsischen Kulturlandschaften.

Hier sind staatliche und kommunale Hilfe ebenso unerlässlich wie das ehrenamtliche Engagement und Spenden.

Die Erneuerung der Bibliotheksbestände auf wissenschaftlichem, berufsbildendem und belletristischem Gebiet sowie im Bereich der Unterhaltungsliteratur ist entscheidend für die Entwicklung eines modernen Sachsens.

Die Medien

27. Die CDU tritt für die Gleichberechtigung von öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten ein. Dabei sollten sich die öffentlich-rechtlichen Programme deutlich von denen privater Anbieter unterscheiden.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen die Grundversorgung, ein gutes Kultur- und Bildungsniveau und eine ausreichende Berücksichtigung von Minderheiten gewährleisten.

Die CDU wendet sich gegen eine Verschwendung von Gebühren durch beliebige Vermehrung öffentlich-rechtlicher

Programme.

Wir sind gegen Pornografie und die Verherrlichung von Gewalt in den Medien einschließlich der neuen Medien wie Video und Computerspiele.

Wir treten für eine faire und ausgewogene Berichterstattung ein und wenden uns gegen skandalorientierte, verfälschende und herabwürdigende Darstellungen.

Die Freiheit der Presse ist lebenswichtig für die Demokratie, ihre Seriosität aber überlebenswichtig.

Marktbeherrschende Konzentrationen müssen mit allen Mitteln des Wettbewerbsrechts und gegebenenfalls durch seine Verschärfung bekämpft werden. Auch Regionalmonopole, wie sie bei der Presse gegenwärtig in Sachsen vorherrschen, können auf Dauer nicht hingenommen werden.

Die CDU setzt es sich zur Aufgabe, im Rahmen der Wirtschaftsförderung das sächsische Verlagswesen zu beleben und ihm eine Perspektive zu bieten.

Sachsens
Schulen

28. Bildung ist Investieren in die Zukunft und Vorbereiten auf das Leben. Sie ist eine Grundlage dafür, daß der Mensch sein Leben selbständig und verantwortlich gestalten kann. Sie sichert ebenso die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.
- Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, daß jedem unter Berücksichtigung der jeweiligen Begabung und Neigung differenzierte und leistungsorientierte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten offen stehen.
- Wir treten dafür ein, daß das in Grundschule, differenzierte Mittelschule (Hauptschul- und Realschulzweig) und Gymnasium gegliederte Schulsystem ausgebaut und weiterentwickelt wird.
- Wertorientierte Erziehung und Stoffvermittlung sind gleichermaßen Aufgaben der Schule.
- Toleranz und die Bereitschaft, die Probleme anderer Bevölkerungsgruppen - anderer Generationen ebenso wie anderer Nationalitäten - wahrzunehmen und

nicht abzuwerten, sind wichtige Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Frage, wie man im privaten und im öffentlichen Raum zu Konfliktlösungen gelangen kann, sollte mehr Gewicht innerhalb der Erziehungskonzepte erhalten.

Die Sächsische Union wirkt darauf hin, daß eine berufliche Bildung in der Gesellschaft die gleiche Anerkennung erfährt wie ein Hochschulabschluß.

Das Abitur soll nach zwölf Schuljahren erreichbar sein. Die Sächsische Union setzt sich für ein Zentralabitur ein. Der Zugang zum Gymnasium setzt nach Auffassung der sächsischen Christdemokraten ein überdurchschnittliches Leistungsniveau des Schülers voraus.

Die berufliche Bildung im dualen System soll weiter verbessert und vielfältiger gestaltet werden.

Die sächsischen Christdemokraten wollen dem Lehrerberuf wieder zu gebührendem Ansehen verhelfen.

Umschulung und Fortbildung müssen einen größeren Stellenwert erhalten. Die Bildungsträger sind einer zuverlässigen Überprüfung auf ihre Leistungsfähigkeit hin zu unterziehen.

Sachsens
Hochschulen

29. Die Sächsische Union wird auf eine Reform des Hochschulwesens in Deutschland hinwirken.
- Das Ziel dieser Reform besteht darin, die Studienzeiten zu verkürzen und das Niveau der Ausbildung zu erhöhen.
- Der Überlastung der Hochschulen soll u.a. damit begegnet werden, daß die Hochschulen verpflichtet werden, sich an der Auswahl geeigneter Studenten zu beteiligen.
- Die Studiengänge der Hochschulen sollen gegliedert werden.
- Nach der Regelstudienzeit muß ein berufsorientierter akademischer Abschluß erreichbar sein.
- Das Graduiierungsstudium und die sich daran anschließende Qualifizierung und Graduierung bleibt den besonders begabten und wissenschaftsorientierten Studenten vorbehalten.
- Der Schwerpunkt des Ausbaus im Hoch-

schulsystem wird auf praxisorientierte Studiengänge an Fachhochschulen gelegt, um die Absolventen auf berufliche Tätigkeiten vorzubereiten, die einen verstärkten Praxisbezug haben. Dabei kommt auch der Berufsakademie, die mit einer kurzen Studienzeit und geringen Kosten durch dual organisierte Studiengänge für den praktisch begabten Lerntyp ausbildet, Bedeutung zu. Absolventen von Fachhochschulen und Universitäten müssen gleichwertige berufliche Chancen im öffentlichen Dienst erhalten. Die Sächsische Union entwickelt und fördert die Wissenschaften und eine der Produktinnovation verpflichtete Forschung.

Sicherheit für
Sachsens Bürger

30. Die innere Sicherheit und das Wohlbefinden der Bürger sind untrennbar miteinander verbunden. Die Sächsische Union tritt für den konsequenten Schutz der Rechte der Bürger gegen Rechtsverletzer, insbesondere Gewaltverbrecher, ein. Den Rechten tatsächlicher und möglicher Opfer räumen wir Vorrang vor denen der Täter ein. Der Staat hat nicht nur das Gewaltmonopol, er muß es auch sichtbar und wirkungsvoll einsetzen. Der demokratische Rechtsstaat als die effektivste Organisationsform mündiger Bürger muß dieser Herausforderung besser gewachsen sein als jede Form des Obrigkeitsstaates. Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, daß die Polizeistärke in Sachsen schrittweise erhöht wird. Die Polizei soll gut und vielseitig ausgebildet und gut ausgerüstet und entsprechend motiviert sein, damit Sachsens Einwohner sicher leben können. Die Sächsische Union steht zur Sächsischen Polizei. Sie wird darauf hinwirken, daß die Bediensteten der Polizei im Ansehen der Bevölkerung wieder einen geachteten Platz erhalten.

Vertriebene,
Flüchtlinge und
Aussiedler in
Sachsen

31. Die Sächsische Union erkennt die großen Leistungen an, die die in Folge des Zweiten Weltkrieges widerrechtlich aus ihrer Heimat vertriebenen und in Sachsen niedergelassenen Deutschen erbracht haben. Sie setzt sich dafür ein, daß ihnen schnellstmöglich ein Zeichen der materiellen Anerkennung ihrer besonderen Lasten zuteil wird, die sie in Kriegs- und Nachkriegszeiten tragen mußten. Deutschstämmige Aussiedler, die nach Sachsen kommen, werden beim Aufbau einer Existenz in der neuen Heimat nach Kräften unterstützt. Die Sächsische Union setzt auf eine gute Zusammenarbeit mit den Vertriebenen, deren Verbänden und Landsmannschaften. Grundlage des Tätigwerdens der Verbände und Landsmannschaften ist die Charta der deutschen Vertriebenen, in der der Verzicht auf Gewalt, aber auch das Heimatrecht sowie das Mitwirken am Aufbau eines gemeinsamen Europas als Bereitschaft und Verpflichtung der Vertriebenen fixiert sind. Die Landsmannschaften sind darüber hinaus die berufenen Partner für die Deutschen, die in den historischen Siedlungsgebieten im Osten verbleiben und nicht aussiedeln wollen. Die politischen Veränderungen in unseren Nachbarstaaten eröffnen den Landsmannschaften vielfältige Möglichkeiten an der Verständigung mit unseren Nachbarvölkern und an der Lösung gemeinsamer Probleme in freundschaftlicher Zusammenarbeit mitzuarbeiten. Die eigene Vertreibung verpflichtet die Landsmannschaften, auf ein Klima des Ausgleichs und des friedlichen Miteinanders und der Ächtung jeder Vertreibung hinzuwirken.

Unser Verhältnis
zu den christlichen
Kirchen und Reli-
gionsgemeinschaften

32. Wir verstehen die christliche Wertordnung als unverzichtbar für die Wesens- und Persönlichkeitsbildung der Menschen in unserem Lebensraum. Menschen für das Christentum zu gewinnen, obliegt dem Missionsauftrag der Kirchen und jedes einzelnen Christen.

Die Sächsische Union steht diesem Auftrag aufgeschlossen gegenüber. Der christliche Glaube unterliegt der völlig freien Entscheidung des einzelnen.

Niemand darf wegen seines Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden. Christdemokraten achten alle der Humanität verpflichtete Religionen. Doch sind wir dem Christentum, ohne Bevorzugung einer bestimmten Konfession, verpflichtet. Wir sehen in den christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften unsere Partner und setzen uns für eine staatliche Unterstützung kirchlicher Vorhaben und Aufgaben ein, die der Gesamtgesellschaft kulturell oder sozial zugute kommen.

Die Sächsische Union ist offen für eine kritische Begleitung durch die Kirchen. Sie hält Gespräche mit ihnen über verantwortbare Ziele der Politik, über Grundwerte und Leitbilder für wichtig und notwendig.

Vereinigungen, die auf pseudoreligiöser Grundlage Menschen in psychische oder materielle Abhängigkeit bringen und sich dabei totalitärer undemokratischer Methoden bedienen, werden von uns nicht als Religionsgemeinschaften anerkannt, sondern entschieden abgelehnt.

Jüdische Religions-
gemeinden in
Sachsen

33. Wir sind froh darüber, daß es trotz der nationalsozialistischen Verbrechen jüdische Religionsgemeinden in Deutschland gibt. Der christliche Glaube ist ohne seine jüdischen Wurzeln nicht denkbar.

Im SED-Staat wurden die wenigen und sehr kleinen jüdischen Gemeinden zwar finanziell unterstützt und auch mit öffentlicher Aufmerksamkeit bedacht, doch hat es kaum eine ernsthafte Beschäftigung mit den religiösen Traditionen des Judentums gegeben.

Die Sächsische Union nimmt dankbar zur Kenntnis, daß Juden aus Osteuropa auch hier in Sachsen eine neue Heimat suchen. Jüdische Religionsgemeinden sollen jede mögliche Unterstützung erhalten.

V. Starke Kommunen im Freistaat Sachsen

Kommunale
Selbstverwaltung

34. Die kommunale Selbstverwaltung ist eine wesentliche Säule der Demokratie und der föderalen Ordnung im freiheitlichen Staatswesen.

Leistungsfähige Landkreise, Gemeinden und Städte sind die Basis für die Leistungskraft des Landes.

Die Verwaltungen sollen die Bürger nicht behindern, sondern ihnen dienen. Die Sächsische Union wirkt darauf hin, daß sich die Kernbereiche der kommunalen Verwaltungen zu hochleistungsfähigen, effektiven und bürgerfreundlichen Dienstleistungs-, Beratungs- und Koordinierungsstellen entwickeln.

Dazu ist es einerseits notwendig, den Sachverstand an zentralen Stellen zu konzentrieren und andererseits den Zugang zu den Verwaltungsleistungen zu erleichtern.

Letzteres wird durch eine sinnvolle Verteilung von Ämtern und Außenstellen und die Übertragung von Aufgaben angestrebt.

Die Verwaltung soll durch eine Reform der administrativen und gerichtlichen Kontrollen des Verwaltungshandelns vereinfacht werden.

Öffentliche Leistungen im nichthoheitlichen Bereich sollen, soweit dies sinnvoll ist, privatisiert werden.

Ebenso soll die Kommune nicht auf Dauer das übernehmen, was freie Träger, Vereine und Selbsthilfegruppen leisten können.

Heimat-
verbundenheit

35. Die Einwohner fühlen sich mit ihrer jeweiligen Region, besonders ihrer Gemeinde, mit deren Tradition, Geschichte und Namen eng verbunden.

Die Sächsische Union wird sich bei einer notwendigen Gemeindegebietsreform dafür einsetzen, daß diese Identifizierung mit dem gewohnten Lebensumfeld

berücksichtigt wird und erhalten bleibt.

Verantwortung
für die kommunale
Gemeinschaft

36. In der eigenen Gemeinde und im unmittelbaren Lebensumfeld wird am besten sichtbar, was die Gemeinschaft freier Bürger zu leisten vermag. Städte und Gemeinden brauchen die demokratische Mitwirkung ihrer Bürger. Die Sächsische Union wird dafür werben und dazu ermuntern, daß sich viele Bürger bereitfinden, für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten zu kandidieren oder auf andere Weise zum Gemeinwohl beizutragen. Die sächsischen Christdemokraten sehen sich in dieser Beziehung in besonderer Weise verpflichtet. Wir wollen zu einer Stärkung des Ansehens von Ehrenämtern beitragen.

Wohnen und
Bauen

37. Die Sächsische Union sieht in der Verbesserung der Wohnbedingungen und der Neugestaltung der Lebensräume in Sachsen eine der wichtigsten Aufgaben für die nächsten Jahre. Der Schaffung von breit gestreutem Wohneigentum kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Ein großer Teil des bisher in Kommunalbesitz befindlichen Wohnraumes soll privatisiert werden. Der zur Vermeidung sozialer Härtefälle notwendige Wohnungsbestand soll jedoch bei der Kommune verbleiben. Es geht dabei vor allem darum, "in Sachsen für Sachsen" Wohnraum zu günstigen Bedingungen verfügbar zu machen und durch private Bewirtschaftung überschaubarer Einheiten Kostengünstigkeit und Effektivität zu gewährleisten, wie sie durch die bisherigen riesigen "Wohnungswirtschaftskombinate" im allgemeinen nicht erreicht werden. Unser langfristiges Ziel sind kostendeckende Mieten. Damit wird erreicht, daß Wohnraum sorgsam ausgewählt wird, und daß die Familien selbst entscheiden können, wieviel sie von ihrem Einkommen für mehr oder weniger Wohnkomfort ausgeben wollen.

Sozial Schwache haben Anspruch auf angemessenen Wohnraum. Die Sächsische Union setzt sich deshalb für den gerechten Ausbau der Wohngeldregelung (Subjektförderung), für Mieterschutz und für angemessene Übergangsregelungen ein.

Der soziale Wohnungsbau soll vorwiegend auf die Sanierung der vorhandenen Wohnungsbestände konzentriert werden. Damit ein freier Wohnungsmarkt zustande kommen kann, sind günstige Rahmenbedingungen für Wohnungsneubau und -sanierung zu schaffen. Dazu gehört, daß die Kommunen in die Lage versetzt werden und von sich aus bereit sind, Bauland zur Verfügung zu stellen. Verwaltungsvorgänge sollen vereinfacht und beschleunigt werden. Eigentumsfragen sind schneller zu klären, und eine Reform der bestehenden Finanzierungsinstrumente für den Wohnungsbau muß in Angriff genommen werden.

Beim Bauen müssen immer auch die besonderen Bedürfnisse von Behinderten beachtet werden. Die Wohngebäude und deren Umfeld sind kinder- und familienfreundlich zu gestalten.

Für die großen Städte sind besondere Entwicklungspläne nach den modernsten Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der städtebaulichen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zu erstellen.

Entscheidende Bedeutung kommt der Erschließung, insbesondere der Abwasserbehandlung und Wasserversorgung, zu. Regionalplanung und städtebauliche Konzepte müssen dem Rechnung tragen.

Freizeit, Sport
Tourismus

38. Die Kommunen haben die Aufgabe, Freizeit-, Sport und Erholungsstätten zu schaffen und zu unterhalten und für gute Rahmenbedingungen für den Tourismus zu sorgen. Die Sächsische Union setzt sich sowohl für die staatliche Förderung als auch für private Initiativen in diesen Bereichen ein. Sportliche Betätigung soll für alle, insbesondere für Kinder und Jugendliche, für behinderte Menschen und für

die ältere Generation auf vielfältige Weise möglich sein. Das Vereinswesen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Dem Leistungssport müssen weiterhin Perspektiven geboten werden. Eine CDU-geführte Regierung muß dem in angemessener Weise Rechnung tragen und sächsische Sportler und Sportvereine unterstützen.

VI. Sachsen und seine Regionen

Das sächsische Vogtland

39. Die landschaftliche Schönheit des Vogtlandes soll als natürlicher Reichtum geschützt werden. Dazu gehört die Erhaltung der landschaftstypischen Bauten ebenso wie eine an der regionalen Eigenart orientierte Siedlungs- und Stadtentwicklung. Der Fremdenverkehr wird als Bestandteil einer vielgliedrigen Wirtschaftsstruktur gefördert. Die einseitige Ausrichtung auf die Textilindustrie muß zugunsten einer wesentlich breiteren Palette unterschiedlicher und zukunftssträchtiger Produktionsbetriebe überwunden werden. Handwerk und Gewerbe mit typisch vogtländischer Tradition, wie z.B. die Musikinstrumentenherstellung im Musikwinkel um Klingenthal und Markneukirchen, bleiben wichtige Erwerbszweige. Plauen wird als wirtschaftliches, kulturelles und Verwaltungszentrum ausgebaut, wobei der besondere Reiz der Stadt als eine der landschaftlich schönsten größeren Städte bewahrt und befördert werden soll. Die mittelständische Wirtschaft, Handwerk und Gewerbe sollen in Verbindung mit einer umweltverträglichen Industrie gute Erwerbsmöglichkeiten für die Einwohner der Stadt und des Umlandes bieten. Wichtig für das Vogtland sind gute

Verkehrsverbindungen, u.a. der Ausbau der Sachsen-Magistrale Nürnberg-Hof-Plauen-Dresden-Görlitz.

Das Vogtland erhält weitere Perspektiven durch seine Brückenfunktion innerhalb der regio egrensis - Tschechische Republik - Freistaat Bayern - Freistaat Sachsen.

Die beiden Vogtlandkreise sollen sowohl eine bürgernahe Verwaltung garantieren als auch durch eine enge Zusammenarbeit eine gemeinsame sinnvolle Entwicklung der gesamten Region gewährleisten. Die Sächsische Union setzt sich für die Errichtung einer "Fachhochschule Vogtland" ein.

Das sächsische Erzgebirge

40. Die Schönheit der Landschaft, die Redlichkeit der Menschen und die bergmännische Tradition, die das Leben seit hunderten von Jahren geprägt hat, kennzeichnen das Erzgebirge und seine Bewohner. Die Holzkunst aus dem Erzgebirge hat sich weit über die Landesgrenzen hinaus einen Namen gemacht und stellt auch künftig einen wichtigen Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region dar. Daneben sollen eine vielfältige mittelständische Wirtschaft und das Fremdenverkehrsgewerbe weiter ausgebaut werden. Die Kreise Annaberg und Freiberg, der Mittlere Erzgebirgskreis und der West-erzgebirgskreis sind durch eine besondere Förderung der Infrastruktur zu entwickeln. Der notwendige Ausbau der Verkehrswege ist mit dem Landschafts- und Naturschutz in Einklang zu bringen. Das Erzgebirge besitzt eine wichtige Brückenfunktion zwischen Sachsen und Böhmen. Die wachsende Zusammenarbeit und der steigende Austausch von Waren über die Grenze hinweg wird sich positiv auf die Entwicklung der Region auswirken. Besondere Anstrengungen sind zur Verminderung der grenzüberschreitenden Umweltbelastungen notwendig. Vor allem durch die Förderung von Maßnahmen zur Emissionsverringerung sind spürbare Verbesserungen der ökologischen Situa-

tion im Erzgebirge erreichbar.

Nordwestsachsen mit
Leipzig

41. Leipzig wird sich zu einem Wissenschafts- und Bildungszentrum, einer Messe- und Medienstadt, einem Bankenzentrum, einer Stadt des Verlagswesens, zur Handelsmetropole und einem der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte Sachsens entwickeln. Dazu wird die Anbindung an das nationale und internationale Verkehrsnetz ebenso wie der Flughafen Schkeuditz ausgebaut. Leipzigs Ruf als Universitäts- und Kulturstadt wird weiter befördert. Dazu gehört der weitere Ausbau der Universität, der Hochschule für Grafik und Buchkunst, der Hochschule für Musik und Theater "Felix Mendelssohn Bartholdy" und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur. Leipzig hat als Oberzentrum für den nordwestlichen Teil Sachsens eine wesentliche Funktion für die Entwicklung des Umlandes, bestehend aus dem Leipziger Land, dem Muldentalkreis und den Kreisen Döbeln, Torgau-Oschatz und Delitzsch. Die Infrastruktur muß verbessert werden. In der Region Torgau/Oschatz sind Handwerk, Gewerbe und Tourismus so zu entwickeln und zu fördern, daß den Erfordernissen des Wasser-, Landschafts- und Naturschutzes Rechnung getragen und für die damit zusammenhängenden Beschränkungen ein Ausgleich geschaffen wird. Schloß Hartenfels, das nebst der Albrechtsburg und dem Dresdner Schloß das bedeutendste Denkmal sächsischer Geschichte ist, muß erhalten und seiner kulturhistorischen Bedeutung gemäß genutzt werden. Eine wesentliche Aufgabe besteht in der Sanierung der durch den Braunkohlenabbau zerstörten Landschaften und dem Umbau der Wirtschaft insbesondere dort, wo in der Rohstoffgewinnung und der Energiewirtschaft Arbeitsplätze weggefallen sind. Die Chemieindustrie und die Petrochemie sollen künftig neuesten Sicherheits- und Umweltstandards entsprechen.

Südwestsachsen mit
Chemnitz

42. Südwestsachsen gehört zu den am dichtesten besiedelten Gebieten Deutschlands. Die Region um die Stadt Chemnitz, die Kreise Mittweida und Freiberg, Chemnitzer und Zwickauer Land, der Westerzgebirgskreis, die Kreise Stollberg und Annaberg und der Mittlere Erzgebirgskreis bilden ein zusammengehörendes Gebiet mit einer reichen industriellen Tradition und engen Verflechtungen untereinander. Traditionelle Industriezweige, die eine Perspektive besitzen, müssen im Kern erhalten und modernisiert werden. Insgesamt ist eine durchgreifende Erneuerung der Industriestruktur mit Orientierung auf neueste zukunfts-trächtige Zweige, auf Hochtechnologie, Umwelttechnik, moderne Verkehrstechnik, Maschinenbau, Fahrzeugbau und spezielle Verfahrenstechnik notwendig. Eine gute Grundlage für die innovative Wirtschaftsentwicklung bilden die Hochschulen des Gebietes, die Technische Universität Chemnitz-Zwickau, die Technische Universität Bergakademie Freiberg und die Hochschulen für Technik und Wirtschaft Mittweida und Zwickau, die ausgebaut und entwickelt werden. Die universitäre Forschung wird ergänzt durch eine Reihe von Forschungseinrichtungen, die durch Umstrukturierungen und Neugründung aus dem reichen Wissenschaftspotential der Region heraus geschaffen wurden und eine starke Orientierung auf Hochtechnologie erfahren. Die Region Zwickau als traditioneller Industriestandort wird Zentrum vielfältig strukturierter klein- und mittelständischer Betriebe, aber auch der Autoindustrie und ihrer Zulieferer, die gute Erwerbsmöglichkeiten für Stadt und Umland bereithalten. Daneben wird sie sich zu einem westsächsischen

Bildungs-, Handels- und Einkaufszentrum entwickeln und als "Tor zum Erzgebirge und Vogtland" Aufgaben der Fremdenverkehrsförderung übernehmen. Chemnitz wird sich zum Industrie- und Technologiezentrum Sachsens entwickeln und dabei als Oberzentrum wesentliche Entwicklungs- und Förderungsfunktionen für das gesamte Gebiet übernehmen. Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, daß Chemnitz in gebührender Weise in die Verkehrsnetzplanung einbezogen wird und Zugang zum IC-Netz und zu den internationalen Flughäfen Sachsens erhält.

Die südwestsächsische Region wird beim Erhalt und beim Ausbau ihrer Kunst- und Kultureinrichtungen unterstützt. Die lange Industrietradition, hervorragende Beispiele der Industriearchitektur des 19. und 20. Jahrhunderts und viele technische Kostbarkeiten eröffnen für Chemnitz und Umgebung die Möglichkeit, ein Anziehungspunkt von internationaler Bedeutung zu werden, der die eigene wirtschaftliche Entwicklung und die Gewinnung von Investoren weiter befördern kann.

Mittelsachsen mit
der Landeshaupt-
stadt Dresden

43. Dresden, die Hauptstadt des Freistaates Sachsen mit Sitz des Landtages und der Staatsregierung, wird als herausragendes Kleinod sächsischer Kulturtradition in einem Zeitraum, der über das Jahr 2000 hinausreicht, in alter Schönheit und mit neuen Komponenten wieder erstehen. Als Wissenschafts-, Kunst- und Verwaltungszentrum Sachsens wird Dresden nach einem seiner Bedeutung angemessenen städtebaulichen Konzept erneuert und weiterentwickelt. Darüber hinaus wird die Region in und um Dresden ein Industrie- und Technologiestandort sein, dem eine besondere Innovationskraft durch Wissenschaft und Forschung zuteil wird. Die Technische Universität, die Hochschule für Technik und Wirtschaft, die Hochschule für Musik "Carl-Maria von Weber" und die Hochschule für Bildende Künste werden als Stätten der Pflege

der Wissenschaften und der Künste und für die Ausbildung junger Menschen wesentlich zur Attraktivität Sachsens beitragen.

Der Reiz der Stadt mit ihrer Kultur und Kunst und die natürlichen Schönheiten der näheren Umgebung, wie das Elbtal und der Nationalpark Sächsische Schweiz und das Osterzgebirge, eröffnen der gesamten Region eine eigene Entwicklungsdynamik, die es zu nutzen gilt. Dazu sind Landschaft und Natur zu schützen und gleichzeitig in schonender Weise für die Erwerbszweige, die mit dem Tourismus zusammenhängen, zu erschließen.

Besondere städtebauliche Förderung soll weiterhin der Sanierung der Altstadt von Meißen zukommen.

Im Landkreis Meißen-Dresden, im Weißeritzkreis und im Kreis Riesa-Großenhain sind traditionelle Erwerbszweige durch neue Dienstleistungs-, Handwerks- und Industriestrukturen und Bildungseinrichtungen zu ergänzen. Ebenso muß die Infrastruktur entscheidend verbessert werden. Dazu gehören auch die kulturellen Strukturen.

Im Landkreis Pirna/Sebnitz sollen die erhaltenswerten traditionell begründeten Industriezweige und Formen der Land- und Forstwirtschaft unter besonderer Beachtung der Erfordernisse des Nationalparks "Sächsische Schweiz" und unter Beachtung marktwirtschaftlicher Aspekte erhalten bleiben. Neue Formen der Erwerbstätigkeit sind zu entwickeln. Insbesondere ist dem Territorium mit seiner Grenzlage Rechnung zu tragen. Grenzübergreifende Aktivitäten im Rahmen der Euro-Region sind verstärkt zu fördern.

Die Oberlausitz

44. Der östliche Teil des Freistaates Sachsen gehört zu den Gebieten mit einer ausgeprägten eigenständigen Volkskultur, die u.a. auch wesentlich von der sorbischen Kultur und ihrer bodenständigen Volkskunst und von bürgerlichen sächsischen Kulturtraditionen beeinflusst wurde. Der Erhalt der traditionellen Bauweise

und der gesamten Kulturlandschaft, der vielfältigen Naturschönheiten und der Schutz und die Förderung des Siedlungsgebietes der Sorben sind Aufgaben, denen sich die Sächsische Union besonders verbunden sieht.

Im Westlausitzkreis und im Niederschlesischen Oberlausitzkreis im Gebiet um Weißwasser, Niesky und Görlitz sollen die Auswirkungen des Braunkohlentagebaues und die Umweltschädigungen in angemessener Zeit überwunden werden. Ein verträglicher Anteil der Braunkohle an der Energiegewinnung soll dabei aber unter Beachtung des Umweltschutzes erhalten bleiben.

Hoyerswerda soll als kreisfreie Stadt besonders entwickelt und unterstützt werden. Dabei ist die Beziehung der Stadt zu ihrem Umland bedeutsam. Den Menschen in Hoyerswerda, Weißwasser und Umgebung, in den zu Sachen neu hinzugekommenen Gebieten, sollen Perspektiven in einem lebenswerten Umfeld eröffnet werden. Dazu ist es notwendig, die Wirtschaft von der einseitigen Ausrichtung auf Energie- und Rohstoffgewinnung in eine vielfältig gegliederte Industrie-, Handwerks- und Gewerbestruktur zu überführen und den Charakter der Stadt durch eine reichhaltige kulturelle und städtebauliche Infrastruktur zu verändern und zu beleben.

Kamenz, Bischofswerda, Bautzen, Löbau und Zittau sind als traditionelle Mittelzentren in enger Beziehung zu ihrem Umland zu entwickeln, wobei eine gesunde, mittelständische Industrie eine besondere Rolle spielen wird, ebenso wie der Fremdenverkehr in der Oberlausitz.

Die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen Zittau-Görlitz wird wesentlich zur Strukturentwicklung der gesamten Region beitragen.

Görlitz hat besondere Bedeutung als Bindeglied zwischen der Republik Polen und dem Freistaat Sachsen und somit als Begegnungsstätte von europäischer Dimension; weiterhin als Bildungs- und Handelszentrum an der EG-Außengrenze

und als Bestandteil der Euro-Region Böhmen-Sachsen-Schlesien.

Daraus ergibt sich auch die Aufgabe und die Verpflichtung, für eine ausgewogene Entwicklung der gesamten Region Sorge zu tragen, Dienstleistungen für das Kreisgebiet zu erbringen und die dazu notwendige Verwaltungskraft in sinnvoller Weise und in angemessener Verteilung aufzubauen.

Der Ausbau der internationalen West-Ost-Fernbahnlinie und der Autobahnverbindung in die Republik Polen wird wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung des Gebietes beitragen.

V I I . P a r t n e r s c h a f t d e r G e n e r a t i o n e n

Familie

45. Die Sächsische Union orientiert auf Partnerschaft in der Ehe und zwischen den Generationen.

Kinder sind Reichtum des Lebens. Sie sichern die Zukunft der Gesellschaft. Ihre geborgene Entwicklung in der Familie ist die Grundlage für zukünftige ausgewogene soziale Verhältnisse.

Die Verantwortung von Jungen und Alten füreinander muß wieder zur Selbstverständlichkeit werden.

Die Familie fördern wir als diejenige Lebensform, die unserem abendländischen Kultur- und Menschenverständnis am besten entspricht. Sie beruht im Idealfall auf einem Vertrauensverhältnis zwischen Frau und Mann und gewährt am besten Lebenssicherheit sowie einen persönlichen kulturellen und sozialen Gestaltungsraum.

In gleicher Weise verdienen alleinerziehende Mütter und Väter die Anerkennung der Gesellschaft. Diese Familien bedürfen einer besonderen Fürsorge und Unterstützung.

Kinder, die in einer intakten Familie

aufwachsen, gewinnen ein Grundvertrauen und werden in dem für die Persönlichkeitsbildung entscheidenden Alter in ihrer sozialen Verhaltensweise, ihrem Kulturverständnis und ihrem Charakter im guten Sinne geprägt. Sie erwerben so ein stabiles Selbstvertrauen als Voraussetzung, für das Gemeinwohl tätig zu sein.

Nach materiellen Maßstäben läßt sich dies nicht messen.

Das bedeutet, daß sich Familien, die sich dieser Aufgabe stellen, auch finanzielle Beschränkungen auf sich nehmen, um ihrer Verantwortung über die Generationen hinweg gerecht zu werden. Die Sächsische Union sieht es als Aufgabe, einen Ausgleich materieller Nachteile zu erreichen.

So befürworten wir eine Staffelung der Rentenbeitragssätze nach der Anzahl der Kinder.

Jugend

46. Junge Menschen sind besonders von dem gegenwärtigen Umbruch in der Gesellschaft betroffen.

Die Sächsische Union tritt dafür ein, daß die Jugend Orientierungshilfe erhält, und daß sich positive Lebensperspektiven für junge Menschen und ihre Familien eröffnen.

Die Kinder- und Jugendhilfe muß sowohl den persönlichen als auch den kommunalen und staatlichen Verantwortungsreich umfassen.

Wenn die kleinen Lebenskreise, Familie, Freunde, Nachbarschaft, nicht intakt sind, läßt sich das nur schwer durch staatliche Maßnahmen ausgleichen.

Gleichwohl muß in diesen Fällen besondere Hilfe gewährt werden.

Die kommunale Ebene hat für die Jugend besondere Bedeutung, weil die jungen Menschen hier am praktischen Beispiel den Erfolg politischen Engagements am ehesten erfahren können. Die Sächsische Union wirbt darum, daß sich Jugendliche am öffentlichen Leben beteiligen und in Entscheidungen einbezogen werden.

Staatliche Hilfe soll in Form einer

umfassenden Bildung, Beratung und sozialen Unterstützung gewährt werden. Zur Bildung gehört u.a. der internationale Jugendaustausch, Angebote ökologischer, sportlicher, sozialer und politischer Bildung sowie die Möglichkeit der eigenen Beteiligung an der Jugendarbeit.

Die Sächsische Union unterstützt die freien Träger der Jugendarbeit sowie Projekte und Fördermaßnahmen, die die sportliche, künstlerische, wissenschaftliche oder andere kreative Betätigung für Jugendliche ermöglichen.

Eine von der CDU geführte Regierung wird ihren Landesjugendplan ständig aktualisieren, so daß vielfältige Angebote der Förderung und Hilfe für Jugendliche verfügbar sind.

Die Sächsische Union sieht das vorrangige Ziel ihrer Jugendpolitik darin, jungen Menschen zu helfen, ihr Leben in freier Selbstbestimmung und Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und der Schöpfung zu gestalten.

Frauen
und Männer

47. Die tatsächliche Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann muß mit der Anerkennung des gesamten Lebenswerkes einhergehen.

Die Sächsische Union tritt für eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung von Familienarbeit, Arbeit im Haushalt, Kindererziehung, Pflege älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen - ein.

Wer sich dieser Aufgabe widmet, darf z.B. bei der Berechnung der Rentenansprüche nicht benachteiligt werden.

Frauen und Männer sollen frei von ideologischen Zwängen jeweils selbst darüber entscheiden, ob sie sich entweder ganz der Familie widmen oder einer Berufstätigkeit nachgehen, oder ob für sie ein Weg in Frage kommt, der beides miteinander verbindet.

Die Sächsische Union befürwortet eine Ergänzung des Artikels 3 GG in dem Sinne, daß der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile

hinwirkt.

Wir brauchen mehr Frauen, die sich in unserer Partei engagiert zu Wort melden und mitarbeiten.

Wir wollen die Mitarbeit von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen fördern.

Senioren

48. Die Sächsische Union verfolgt mit ihrer Sozialpolitik das Ziel, für alle Menschen im höheren Lebensalter ein gerechtes System der Altersvor- und -fürsorge als Grundvoraussetzung für einen individuell gestaltbaren Lebensabend zu schaffen. Dabei soll die Eigenständigkeit so lange wie gewünscht und wie möglich erhalten bleiben. Dieser Anspruch muß durch Maßnahmen unterstützt werden, die altersgerechtes Wohnen ermöglichen. Dabei soll besonderer Wert darauf gelegt werden, daß ältere Menschen am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen können. Bei Pflegebedürftigkeit ist der Versorgung im häuslichen Bereich Vorrang vor Heimpflege einzuräumen, soweit das nicht anders gewünscht wird. Altenheime und Pflegeheime sollen nicht abseits vom gesellschaftlichen Leben liegen, sondern sie sollen Zentren der Begegnung und selbstverständlicher Bestandteil von Wohn- und Freizeitbereichen werden.

Sächsische
Sozialpolitik

49. Die Sächsische Union wird für den Bereich der Sozialpolitik die aktiven und passiven Strukturen entwickeln und effektiv gestalten. Hierzu gehören zum einen die Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen und zum anderen die Bildungseinrichtungen, die das Gedankengut der christlichen Soziallehre, der Verantwortung füreinander, der Solidarität und Subsidiarität vermitteln sollen. Oberster Grundsatz christdemokratischer Sozialpolitik ist die Wahrung der Würde eines jeden Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Weltan-

schauung, Religion, Begabung, Beruf, Besitzstand und ethnischer Herkunft. Die Sozialarbeit soll aus christdemokratischer Sicht vom "Miteinander und Füreinander" geprägt sein. Dies gilt im besonderen Maß für die Bereiche der Familie, Kindererziehung, Jugend-, Senioren- und Behindertenarbeit.

Die Integration Behinderter in allen Lebensbereichen ist Bestandteil der Sozialpolitik der Sächsischen Union. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeitswelt und das Wohnumfeld familienfördernd zu gestalten.

Kinder bedürfen der besonderen Fürsorge und des Schutzes durch ein umfassendes soziales Netzwerk.

Die Sächsische Union wird sich dafür in besonderer Weise engagieren.

So wird eine CDU-geführte Staatsregierung die Landeserziehungsgeldregelung beibehalten sowie weiterhin den im Kindertagesstättengesetz festgeschriebenen Anspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind ab Vollendung des 3. Lebensjahres und ein bedarfsgerechtes Angebot von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für weitere Altersgruppen umsetzen sowie die Unterhaltung von Kindertagesstätten und den Familienurlaub unterstützen.

Das Gesundheits-
wesen

50. In der Bundesrepublik Deutschland ist das Gesundheitswesen gut ausgebaut und leistungsfähig. Dies ist auch in den neuen Bundesländern in vielen Bereichen der medizinischen Versorgung seit dem Herbst 1989 erreicht. Bei der baulichen Substanz der Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen und Altersheime besteht allerdings ein großer Nachholebedarf. Durch eine Beteiligung des Bundes an der Investitionsförderung bei den Krankenhäusern und dem Solidarpakt sehen wir die Chance, bis Anfang des neuen Jahrtausends (ca. 2004) diesen Nachholebedarf abzubauen. Durch Sanierung, Modernisierung und bedarfsgerechte Erweiterung werden die vorhandenen Einrichtungen dem Standard

in den alten Bundesländern angepaßt. Darüber hinaus sind auch im erheblichen Umfang Neubauten nötig. Die Sächsische Union setzt sich für eine Reform der Krankenhausfinanzierung ein, die sich an den tatsächlichen, spezifischen Kosten orientiert. Der freien Trägerschaft wird Vorrang gegenüber einer staatlichen oder kommunalen Verwaltung eingeräumt. In der ambulanten medizinischen Betreuung werden auch künftig die frei niedergelassenen Ärzte den Hauptanteil leisten. Modelle kooperativen Handelns werden ihre Chancen haben, soweit damit eine gleich gute oder bessere medizinische Versorgung mit gleichen oder geringeren Kosten erreichbar ist. Die sächsischen Christdemokraten werden sich dafür einsetzen, daß die Beiträge zur Krankenversicherung nicht unangemessen steigen. Dazu muß eine weitere Kostendämpfung im Gesundheitswesen erreicht werden. Prävention fördert die Gesundheit und das Leben jedes Menschen. Sie vermindert Erkrankung und führt direkt zur Senkung der Krankheitskosten. Aus diesem Grund ruft die Union alle Menschen zu einer gesundheitsfördernden, aktiven Lebensweise auf. Da Zivilisationskrankheiten immer stärker die Krankenversicherungen belasten, hält die Sächsische Union die Einführung von Bonus- und Malussystemen zur Förderung der gesunden Lebensweise für nötig. Dieses Ziel muß in bestimmten Bereichen durch eine veränderte Steuergesetzgebung erreicht werden. Notwendig ist in diesem Zusammenhang, zum einen übersteigertes Anspruchsdenken und zum anderen unangebrachten Gruppenegoismus zu überwinden. Regelungen zur kassenärztlichen Zulassung und zur Regionalisierung der Krankenkassen sowie ihrer Öffnung müssen mit in Betracht gezogen werden.

Nachwort

Die friedliche Revolution hat 1989 in Sachsen begonnen. Leipzig, Dresden, Chemnitz und Plauen waren die Stätten der großen Demonstrationen. Die Sehnsucht der Menschen war auf Freiheit gerichtet. Freie demokratische Wahlen, Zulassung einer Vielfalt demokratischer Parteien und eine zuverlässige Rechtsordnung waren Forderungen, deren Erfüllung damals niemand so bald erwartete.

Diese Freiheiten hat sich das Volk zwar mühsam, aber auch überraschend schnell, erkämpft. Bereits im Jahr 1990, als hintereinander vier freie Wahlen stattfanden, zeigte sich, wie sehr die Demokratie auf die Mitwirkung vieler angewiesen ist. Im Grunde war schon 1990 klar, daß es nicht sehr viele sind, die sich zur Übernahme von politischer Verantwortung bereitfinden.

In Sachsen trägt seit 1990 die CDU die Regierungsverantwortung. Sie hat auch in vielen Kommunen die Führung übertragen bekommen. Insofern werden unserer Partei nicht nur die Erfolge, sondern auch die Schwierigkeiten und Enttäuschungen zugerechnet, die mit dem Übergangsprozeß von der sozialistischen Mißwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft verbunden sind.

Abgesehen davon, daß konkurrierende Parteien naturgemäß bekunden, sie seien bereit, anstelle der CDU die Verantwortung zu übernehmen - so richtig glaubt kaum jemand daran, daß dann alles sehr viel besser wird.

Woher kam aber der Glaube, daß diejenigen, die 1990 völlig unvorbereitet ins politische Geschäft eingestiegen sind, alles perfekt und richtig machen würden?

Oder woher kam die Zuversicht, daß der riesige Trümmerhaufen des real existierenden Sozialismus binnen kurzem weggeräumt sein könnte?

Gehört es nicht auch zum Erbe des Sozialismus, daß viele immer noch denken: "Die da oben - der Bundeskanzler oder der Ministerpräsident - werden es schon irgendwie machen!"?

Im Rahmen der Diskussion zu unserem Programm hat sich eine Arbeitsgruppe der vom CDU-Landesvorstand berufenen Programmkommission mit den "Wirkungen des Sozialismus auf den Menschen" befaßt und dabei festgestellt, daß wir offensichtlich noch lange mit den "Nachwirkungen" des sozialistischen Systems rechnen müssen. "Die Arbeitsgruppe hat folgende Thesen aufgestellt, die es wert sind, dem Programm der Sächsischen Union beigelegt zu werden:"

1. Der Sozialismus in seiner Wirkung auf den Menschen

Durch die staatliche Bevormundung der Bürger im Sozialismus wurde die normale Entwicklung von Eigenverantwortlichkeit, Kreativität und Individualität unterdrückt. Dieses Defizit zeigt sich heute mitunter in Lethargie, Schicksalsergebenheit, Inaktivität und Depressivität oder auch darin, daß es einigen schwer fällt, sich in der Freiheit, die auch ungeübte Schwierigkeiten mit sich bringt, zurechtzufinden.

Es muß gemutmaßt werden, daß diese psychologischen Probleme in der öffentlichen Diskussion eine zu geringe Rolle spielen und daß sie deshalb den meisten Ostdeutschen nicht bewußt und vielen Westdeutschen völlig unbekannt sind.

Für die Sächsische Union ergibt sich u.a. die Aufgabe, derartigen Defiziten entgegenzuwirken und das, was nicht behebbar ist - insbesondere bei älteren Bevölkerungsgruppen - für eine Übergangszeit durch besondere Maßnahmen auszugleichen.

Ideen hierfür wären:

- Aufklärungsunterricht: Was ist Freiheit? Allgemeine Lebenshilfe für ein besseres Zurechtkommen im Leben (täglich 5 min im TV)
- Unterricht über die Grundlagen des freiheitlich-demokratischen Staatswesens nicht nur für Schüler (Volkshochschulen, Sonntagsschulen)
- Aufgaben für Stiftungen, Verbände, Selbsthilfegruppen, Frauen- und Jugendzentren.

Mit der "Wende" kam bei einem Teil der Bürger Orientierungslosigkeit auf, die ihre Ursache in der Werteverfälschung durch das sozialistische System hat. Mit einem Schlag wurden Lebenswerke scheinbar vernichtet. Das anscheinend Böse wurde gut, das scheinbar Gute mit einem Schlag böse. Viele unserer Menschen stehen noch heute ohne vorzeigbare persönliche Vergangenheit da. Dinge, mit denen sie ihr ganzes Leben verbunden waren - Betrieb, Freundeskreis, etc. - existieren nicht mehr. Mit dem Sozialismus wurden aber nicht gleichzeitig ihre sozialistischen Prägungen und Verhaltensmuster zu Grabe getragen, was ihnen das Zurechtkommen in der freiheitlichen Grundordnung erschwert oder sogar den Glauben an die Wahrfähigkeit der sozialistischen Lehre unter dem Eindruck von Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit noch verstärkt.

Eine Neuvermittlung kultureller, demokratischer, christlicher und humanistischer Grundwerte ist vonnöten. Ihre bloße Nennung als Sprachhülle - z.B. "Freiheit", "Glück", "Wohlstand" - reicht nicht aus. Hier besteht großer Bildungs- und Aufklärungsbedarf, dem die Medien, insbesondere das Fernsehen, Rechnung tragen sollten.

2. Zu den äußeren Erscheinungen des sozialistischen Systems

Wir halten es für notwendig, einer zunehmenden Verklärung und Glorifizierung des Sozialismus und der DDR entgegenzutreten.

Es sind Fragen zu stellen nach der

- Rechtssicherheit, Gerechtigkeit und den Menschenrechten
 - tatsächlichen Gleichberechtigung von Frau und Mann
 - Verschwendung und Verschuldung
 - Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Streikrecht
 - Verteilungsgerechtigkeit
 - Militarisierung des Lebens
 - Bildung von Umweltbewußtsein
 - Bildung von Unrechtsbewußtsein
- in der DDR im Vergleich mit heute.

Aber auch die angeblich guten Seiten des Sozialismus müssen einer offenen Analyse unterzogen werden.

- War "Recht auf Arbeit" nicht eher der Zwang, auf Arbeit anwesend zu sein? Inwieweit konnte sich der Mensch in der Arbeit verwirklichen?
- War der Kinderkrippenplatz für alle Babys nicht eher das Mittel, einerseits die staatliche Einflußnahme schon an der Wiege beginnen zu lassen und andererseits alle Mütter möglichst schnell wieder in den Produktionsprozeß einzubinden? Es ging in Wahrheit weder um das Kind noch um die Familie!

3. Auch wir müssen uns ändern

Zwar soll nicht etwa die jetzt weitgehend abgeschlossene Diskussion zur personellen Erneuerung der sächsischen CDU reaktiviert werden. Hinsichtlich des Anspruches der CDU, eine Volkspartei sein zu wollen, sollte eine offene Diskussion zu innerparteilichen Themen aber nicht unterbleiben.

Wir - die CDU - werden kaum Interesse bei der Jugend erwecken, wenn wir nicht neue Wege finden und die CDU offener und attraktiver gestalten. Dazu gehört insbesondere der richtige Umgang mit innerer und äußerer Kritik.

Dem Anspruch des Bürgers, einem Politiker vertrauen und ihn achten zu können, müssen viele unserer gewählten Vertreter besser gerecht werden.

Unsere Sprache muß deutlicher, aber auch einfacher werden. Die Sorgen unserer Bürger sollten uns genau so wichtig sein, wie diese Leitlinien. Auf diesem Gebiet hat die CDU offenbar manchmal den Realitätsbezug verloren.

Die innerparteiliche Diskussion zum zulässigen Vorbelastungsgrad für ein CDU-Mitglied in Parteiamt oder administrativem Amt darf nicht stillstehen. Auch hier sind Entwicklungen zu beachten, ohne aber die Sensibilität für die Anhängerschaft der CDU zu verlieren.

Zweckoptimismus ("blühende Landschaften...") hilft nur momen-

tan und sollte nicht vor unsere (Vor-) Sorge um die Zukunft gestellt werden.

Die CDU hat nicht zu schweigen: Viel zu wenig hört man von Positionierungen der CDU-Verbände zu aktuellen Themen in den Medien.

Rückblick und Ausblick

Das Programm der Sächsischen Union "Wie soll Sachsen im Jahr 2000 aussehen?" haben wir in einem mehrstufigen Verfahren entwickelt, und wir wollten daran möglichst viele innerhalb und außerhalb unserer Partei beteiligen. Letzteres ist nur zum Teil gelungen.

Einige grundsätzliche Aussagen dieses sächsischen Programms sind im gültigen Grundsatzprogramm oder auch im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der Christliche Demokratischen Union Deutschlands bereits enthalten, so daß ein Verweis darauf genügen könnte. Die Programmkommission war allerdings der Meinung, daß die Sächsische Union mit ihrem ersten Programm, das über ein Wahlkampfpapier hinausgeht, ihr Selbstverständnis einigermaßen umfassend darstellen sollte.

Damit ist erstmals für Kommunal- und Landespolitiker der Sächsischen Union eine Orientierung gegeben, nach welchen Grundsätzen sich ihr politisches Handeln richten sollte.

Unser Wahlprogramm '94 wird die Hauptgedanken dieses Sächsischen Grundsatzprogramms in einer wesentlich gestrafften Fassung enthalten.

Mit dem vorliegenden Programm haben wir realistische Ziele formuliert, deren Verwirklichung jedoch höchster Anstrengung - nicht nur der relativ wenigen Mitglieder der Sächsischen Union, sondern der Mehrheit der Sachsen - bedarf; nicht zu vergessen, daß es ohne die Hilfe des Bundes und der alten Bundesländer und ohne die erheblichen Beiträge der westdeutschen Steuerzahler ein aussichtsloses Unterfangen bliebe.

Wir wissen, daß das was wir wollen, nicht die Zustimmung aller finden wird. Wir haben auch nicht versucht, es allen recht zu machen, denn es gehört zum Wesen der Demokratie, daß sich der Wähler zwischen mehreren Parteien mit unterschiedlichen Programmen entscheiden kann.

Schlimm wäre es allerdings, wenn im Wahljahr 1994 sehr viel weniger Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten als 1990.

Wer nicht wählt, drückt damit aus, daß es ihm gleichgültig ist, wer künftig die politische Führung übernimmt.

Nach den schmerzlichen Erfahrungen mit zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen darf das aber hierzulande eigentlich niemandem mehr gleichgültig sein!

Anhang

I. Kurzbiographien der in der Präambel erwähnten Persönlichkeiten

Hugo Hickmann: (1877 - 1955), Hochschullehrer und Theologe; ab 1908 Religionsprofessor in Leipzig, 1919 - 1933 Deutsche Volkspartei, 1922 - 1933 MdL, ab 1925 Vizepräsident des Sächsischen Landtages, 1945 Mitgründer der CDU, 1945 - 1950 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Sachsen, 1948 - 1950, Zweiter Vorsitzender der CDU der Sowjetischen Besatzungszone/DDR, 1946 - 1950 MdL Sachsen, 1948 - 1950 Mitglied des Volksrates, Provisorische Volkskammer und Volkskammer - Vizepräsident Provisorische Volkskammer, Jan. 1950 zum Rücktritt gezwungen, Verbindungsmann der Exil-CDU in Sachsen.

Ludwig Kirsch: (1891 - 1950), Priester; 1910 - 1913 Theologiestudent in Prag, 1914 Priester, 1929 - 1933 Vorsitzender des Zentrums Sachsen, Feb. - Dez. 1935 KZ Sachsenhausen, 1945 Mitgründer der CDU Sachsen, Vorsitzender der CDU Chemnitz, ab 1946 Mitglied CDU-PV und MdL Sachsen, 1948 Mitglied des Volksrates, ab 6.6.1948, Zweiter Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Sachsen, 1949 Mitglied der Provisorischen Volkskammer.

D. Reimer Mager: (1906 - 1966), Weber und Theologe; vor 1933 führender Gewerkschafter in Sachsen, 1933 Bekennende Kirche, mehrfach wegen Kontakten zum 20. Juli 1944 inhaftiert, 1945 Mitgründer der CDU Dresden, 1947 - 1948, Viertes Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Sachsen, 1946 - 1948 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Dresden und Sprecher der CDU-Fraktion, Mitglied des CDU-Kreisvorstand Dresden-Stadt, Präses der evangelisch-lutherischen Landessynode Sachsen, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Geschäftsführer der Bekennenden Kirche und der evangelisch-lutherischen Kirche Sachsen.

Ernst Eichelbaum: (geb. 1893), Pädagoge; 1919 - 1943 Lehrer an der Thomasschule in Leipzig, 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche, 1945 Mitgründer der CDU Leipzig, 1945 - 1946 Lehrer an der Thomasschule in Leipzig, 1945 - 1948, Zweiter Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Leipzig, zeitweilig Mitglied des CDU-Landesvorstandes Sachsen, 1946 - 1948, Zweiter hauptamtlicher Bürgermeister von Leipzig, Oktober 1948 Sowjetische Besatzungszone verlassen, Exil-CDU, 1949 - 1957 Oberstudiendirektor in Wuppertal, ab 1957 MdB, Bundesvorsitzender des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge, Zweiter Sprecher der Landsmannschaft Sachsen der Exil-CDU.

Carl Günther Ruland: (1874 - 1962), Rechtsanwalt; 1927 Rechtsanwalt beim Reichsgericht, 1945 Mitgründer der CDU Leipzig, 1945 - 1950 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Leipzig, 1946 - 1950 MdL Sachsen, Mitglied des Erweiterten Zonenausschusses, 1948 - 1950 Mitglied des Volksrates, Provisorische Volkskammer und Volkskammer, 1946 Landgerichtsrat Leipzig, ab 1948 Präsident des Oberlandesgerichtes Sachsen, Feb. 1950 Rücktritt, Ausschluß, Flucht, Exil-CDU.

II. Wort- und Begriffserklärungen

- Duktus - Art des Schreibens, charakteristische Linienführung der Schrift
- Föderalismus - Bundesstaat, dessen Mitglieder weitgehende Selbständigkeit genießen. Die föderale Gliederung in Bund, Ländern und Gemeinden ermöglicht eine engere, vielfältige Teilnahme am öffentlichen Geschehen. Demokratie wird bürgernäher und greifbarer im Gemeinderat, in den Kreistagen und auch im Landtag, als wenn alle öffentlichen Entscheidungen in einer fernen Zentrale fallen müßten.
- Subsidiarität - Das Prinzip der Unterstützung und Hilfe der größeren Gemeinschaft für die kleinere, allerdings nur bei der Erfüllung von Aufgaben, die der kleinere Lebenskreis allein nicht oder nicht effektiv genug bewältigen kann.
So ist die einzelne Gemeinde zwar weitgehend selbständig (Kommunale Selbstverwaltung), die Müllbeseitigung und der Öffentliche Personennahverkehr ist aber z.B. Aufgabe des Landkreises, die Ausbildung der Lehrer und die Fachaufsicht für die Schulen Aufgabe des Freistaates Sachsen, die Landesverteidigung Aufgabe des Bundes usw.
- Repräsentative Demokratie - Alle Staatsgewalt geht in der Bundesrepublik Deutschland vom gesamten Volk aus, nicht von einzelnen Personen (Diktatur) oder einer Klasse (Volksdemokratie).
Im Unterschied zur unmittelbaren Demokratie (zum Beispiel Schweizer Urkantone), in der Gesetze durch die Bürger unmittelbar beschlossen werden können, ist in der repräsentativen Demokratie die Gesetzgebungsbefugnis den Parlamenten als gewählten "Repräsentanten" des Volkes anvertraut.
- Grundgesetz-
auftrag nach
Artikel 21 - "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit..."
Die Wahl der Parlamente in Bund und Ländern und der Vertretungskörperschaften (Stadt- und Gemeinderäte) ist ein besonders wichtiger, aber nicht der einzige Ausdruck politischer Selbstbestimmung. Zur Vorbereitung der Wahlen dienen politische Parteien, in denen sich Bürger mit im wesentlich gleichen politischen Auffassungen über die zweckmäßige Gestaltung des Gemeinwesens zusammenschließen, um auf diese Weise für ihre

Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu werben. Die Parteien sind als Zentren der politischen Meinungsbildung die unerläßlichen Instrumente unserer repräsentativen Demokratie.

- Gewaltmonopol
des Staates - Zur unmittelbaren Anwendung von Gewalt ist nur der Staat unter strenger Kontrolle durch die Parlamente und im Rahmen der Gesetze berechtigt, zur Abwehr von Gefahren für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung, zur Durchsetzung von Recht und Ordnung und zum Schutz der Bevölkerung.
Selbsthilfe, Lynchjustiz und Faustrecht sind damit ausgeschlossen.
- Innovation - Erneuerung, Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis
- Generationen-
vertrag - Die jüngere, im Arbeitsprozeß stehende Bevölkerung bringt z.B. über ihre Beiträge zur Rentenversicherung unmittelbar das zur Bezahlung der Rentenansprüche für die ältere Generation notwendige Geld auf.
Oft wird die irriige Ansicht vertreten, daß die Rentenversicherungsbeiträge für den eigenen Rentenanspruch sozusagen auf ein Sparkonto gelegt würden. Das ist aber nicht der Fall.
Wenn im Punkt 19. von einem ökologischen Generationenvertrag gesprochen wird, so ist damit im übertragenen Sinne gemeint, daß die heute lebende Bevölkerung die Lasten zur Bewahrung der Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen tragen muß. Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben.
- Grüne Charta
1993 - Die Sächsische Union hat eingedenk ihrer Verantwortung für die zukünftigen Generationen, und auch eingedenk der katastrophalen ökologischen Hinterlassenschaft des SED-Regimes, Leitlinien zur Umweltpolitik und Landesentwicklung in Form der Grünen Charta 1993 beschlossen.
Die wesentlichen Grundlagen für diese Charta wurden vom CDU-Landesfachausschuß "Umweltpolitik, Landesentwicklung und Verkehr" erarbeitet und auf einer Umweltlandeskonferenz am 19. Juni 1993 nochmals umfassend beraten.
Der Landesvorstand der Sächsischen Union hat die Grüne Charta 1993 am 28. August 1993 bestätigt.
Die Grüne Charta bildet die Basis für weiterführende Überlegungen und Ziele.

- Demographische Entwicklung - Statistische Betrachtung zur Entwicklung der Bevölkerung, z.B. auch zum Verhältnis der einzelnen Altersgruppen. Die derzeitige Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, daß der Anteil der älteren Bevölkerungsgruppe gegenüber der jüngeren ständig wächst, so daß die Voraussetzungen für das Funktionieren des "Generationenvertrages" in der bisherigen Form in absehbarer Zeit nicht mehr gegeben sein werden.
- Duales System der beruflichen Bildung - An der beruflichen Bildung in Deutschland sind immer zwei Partner beteiligt: zum einen der Ausbildungsbetrieb, der im wesentlichen die praktischen Fertigkeiten vermittelt und zum anderen die staatlichen Berufsschulen, die für die theoretische Ausbildung zuständig sind. Dieses System gilt in Europa als vorbildlich und wird von anderen europäischen Ländern künftig auch angestrebt.
- Graduierungsstudium - Universitätsstudium, zur Vorbereitung auf eine Promotion (Erwerb des Dokortitels) oder danach zur Vorbereitung einer Habilitation (Erwerb der Lehrberechtigung an einer Hochschule, Dr. habil.)
- Fachhochschule - Die Fachhochschule (FH) ist eine wissenschaftliche Hochschule mit verstärkt praxisorientierter Ausbildung. Die Regelstudienzeit beträgt vier Jahre (acht Semester). Sie schließt eine praktische Ausbildung (Praxissemester) ein und schließt mit dem Diplomgrad (FH), z.B. Dipl.-Ing. (FH) ab.
- Berufsakademie - Die Berufsakademie (BA) vermittelt in einem dualen System - ähnlich der beruflichen Bildung - ein wissenschaftliches und zugleich praxisorientiertes Studium mit dem Abschluß als Diplom-Ingenieur (BA) oder Diplom-Betriebswirt (BA). Das Studium an der BA ist zeitlich gestrafft und äußerst intensiv, wodurch der Diplomabschluß bereits nach drei Jahren erreicht wird. Resultierend aus der engen Praxisbildung sichert sich der künftige Absolvent schon während des Studiums einen entsprechenden Arbeitsplatz.
- regio egrensis - Gebiet um die Stadt Eger. Gemeint ist das Vogtland, das sich über den Freistaat Sachsen hinaus auch auf den Freistaat Bayern und die Tschechische Republik erstreckt.

- Landesjugendplan - Die Sächsische Staatsregierung hat am 3.11.1992 den ersten Landesjugendplan des Freistaates Sachsen beschlossen. Der Landesjugendplan nennt die jugendpolitischen Ziele der Staatsregierung und beschreibt die Auffassungen über den unmittelbaren staatlichen Verantwortungsrahmen im Bereich der Jugend.
- christliche Soziallehre - Die Soziallehre der Kirche geht auf ein 1891 erschienenes Lehrschreiben von Papst Leo XII zur "sozialen Frage" zurück. Wesentliche Grundlage dieser Lehre ist die der biblischen und philosophischen Ethik eigene Kategorie der Gerechtigkeit.
- Bonus - Sondervergütung, Gutschrift
- Malus - Abzug, Mindervergütung

**Rede Prof. Dr. Biedenkopf zum 6. Landesparteitag der CDU
9./10.10.93 in Chemnitz (nach Wortlaut Tonband)**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,
verehrte Gäste, liebe Delegierte, liebe Freunde,

es ist jetzt drei Jahre und wenige Tage her, daß der Freistaat Sachsen nach einer langen Zeit der Unterdrückung wieder neu entstanden ist. Was von einigen, derer wir heute gedacht haben und die von uns gegangen sind, nach dem Krieg im Jahr 1946 und 1947/48 begonnen wurde, nämlich schon einmal der Versuch, den Freistaat Sachsen wieder entstehen zu lassen, und was dann 1952 durch den Zugriff der Diktatur des Stalinismus beendet wurde, das konnte 1990 gelingen. Nur wenige Wochen vorher hatten Sie mich auf dem 2. Parteitag der Sächsischen Union, der CDU, zu Ihrem Spitzenkandidaten gewählt. Wenn ich mir überlege, was in diesen drei Jahren alles geschehen ist, wieviel sich geändert hat, wieviel geleistet worden ist, was alles sich erneuern konnte, dann, liebe Freunde, ist es nicht schwer, über die Politik für Sachsen zu reden.

Ich möchte Sie auch jetzt noch einmal herzlich begrüßen und denen, die zu uns von den Problemen und Schwierigkeiten gesprochen haben, der Oberbürgermeister, der Landrat, der Kreisvorsitzende Kollege Gomolka, Ihnen allen danken für das, was in den letzten drei Jahren geleistet wurde.

Es sind die Menschen in diesem Land, die die Leistungen erbringen, nicht die Politiker. Das muß man zu Anfang einmal sagen, weil es sich vor allen Dingen dort, wo lange Zeit ohne große Krisen und Veränderungen Parteipolitik betrieben wird, einschleicht, daß die Politiker meinen, ihnen sei der Zustand des Landes zu verdanken. Der Zustand des Landes ist aber den Menschen zu verdanken.

Uns wurde vor drei Jahren in der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 die Aufgabe gegeben, als Christlich Demokratische Union, den Menschen zu helfen, diese Leistungen zu erbringen, so gut wir das können. Diese Grundhaltung, daß Politik dienen ist, die haben wir, so hoffe ich, im großen und ganzen eingenommen, und dabei soll es auch bleiben. Politik für Sachsen zu machen heißt: In Sachsen arbeiten, aber nicht nur für Sachsen, sondern auch für Deutschland und für Europa. Von Anfang an haben wir keinen Zweifel daran gelassen, daß der Aufbau dieses Teils

von Deutschland und die Wiederbelebung der Geschichte in diesem Raum, aus der wir Kraft und Mut beziehen, nicht nur eine Sache für die Sachsen ist, obwohl sie ganz zweifellos an erster Stelle stehen. Wenn Sachsen krank ist, wenn die anderen ostdeutschen Länder krank sind, dann ist auch Deutschland krank. Und alle, die jetzt schon wieder darüber nachdenken, ob die Last vielleicht zu groß sei, ob man sie vielleicht nicht tragen könne, ob vielleicht die Einschränkungen unzumutbar seien, ob vielleicht die Opfer und die Verzichte zu groß seien, sollten sich daran erinnern, daß es für dieses vereinte Deutschland keine Alternative dazu gibt, es gemeinsam aufzubauen.

Dieser Aufbau, die Überwindung der schwierigen Zeiten, das Abtragen der Fehlentwicklung, der Ausbeutung und der gleichzeitig neue Aufbau, das war zu einem ganz wesentlichen Teil die Aufgabe der Sachsen. Sie haben sie für sich geleistet, sie haben sie aber auch für Deutschland geleistet und für Europa. Helmut Kohl hat in seinem Grußwort auf die europäische Dimension der Politik hingewiesen.

Ich werde nachher noch wenige Sätze dazu sagen. Wir haben, das möchte ich nur in Erinnerung rufen, von Anfang an, vom zweiten Parteitag an und vom Wahlkampf an gesagt, Sachsen kann nur genesen, wenn unsere Nachbarn genesen. Sachsen kann auf Dauer nicht im Wohlstand leben, wenn unsere Nachbarn in Not leben. Wir haben 500 km Grenze zur tschechischen Republik und zu Polen. Diese Grenze wollen wir durch die nachbarschaftlichen Beziehungen nicht in Frage stellen, aber durchlässig machen. Das geht nur, wenn die Menschen auf der anderen Seite das Gefühl haben, daß sie nicht immer weiter zurückfallen. Wenn an dieser Grenze keine neue Wohlstandskluft entsteht und nicht auf die Dauer der Facharbeiter in Sachsen fünfmal so viel verdient, wie sein Kollege in Böhmen oder siebenmal so viel wie sein Kollege in Schlesien. Es geht nur, wenn sich alles in Europa in unserer Nachbarschaft entwickelt. Deshalb haben wir von Anfang an von der Euroregion Böhmen-Sachsen-Schlesien gesprochen. Nicht nur als eine Fiktion, sondern als eine Aufgabe, die in unserem ureigensten sächsischen Interesse zu lösen uns aufgegeben ist. Wir haben dafür nicht nur die Zustimmung unserer Nachbarn und der Bundesrepublik Deutschland eingewor-

ben, sondern auch der europäischen Gemeinschaft und unseres wichtigsten kontinentaleuropäischen Partners, der Republik Frankreich.

Als gestern der oberste kommandierende Offizier, der Chef des französischen Generalstabs, mir einen Besuch gemacht hat, haben wir über diese Frage gesprochen. Ich habe ihm erzählt von den Besuchen des Präsidenten Mitterand und Jacques Delors hier und wie wir die Bereitschaft unserer europäischen Nachbarn und Freunde eingeworben haben, sich mit zu beteiligen an dieser Euroregion, damit sie nicht als eine rein deutsche Veranstaltung angesehen wird, sondern als das erscheint, was sie wirklich ist, nämlich ein weiteres Stück europäische Einheit.

Heute nach drei Jahren können wir viererlei feststellen: Erstens, die Einheit ist gelungen. Alles das Gerede, was man jetzt wieder lesen kann, neue Mauer in den Köpfen, größere Kluft in Deutschland und so weiter, geht an der Wirklichkeit des geeinten Deutschland vorbei. Was es beschreibt, ist etwas ganz anderes. Es ist eine Entdeckung: Als wir im November 1989, zur Jahreswende 89/90 und wieder in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 uns im wahrsten Sinne des Wortes in den Armen lagen, weil wir uns wiedergefunden hatten, weil die Freiheit wieder für alle Deutschen da war, weil die Mauer niedergerissen war, da haben wir nur das gesehen, was wir gemeinsam haben. Jetzt nach drei Jahren entdecken wir, daß wir unterschiedlich sind. Daß die deutschen Regionen ganz verschieden sind. Das, was die Westdeutschen immer schon wußten. Die Bayern und die Ostfriesen an der Waterkant, wenn sie beide ihre Sprache sprechen, können sich noch nicht einmal verstehen. Es sind verschiedene Sprachen, es sind verschiedene Gemüter, es sind verschiedene soziale Strukturen, es sind verschiedene Denkweisen, aber sie alle einigt das große einigende Band der deutschen Sprache, der deutschen Kultur und der deutschen Geschichte. Und in dieses große einigende Band sind wir einbezogen worden.

Nachdem die Euphorie abgeklungen ist, nehmen wir aneinander Maß. Wir stellen fest, daß wir auch verschieden sind. Nur diese Verschiedenheit ist doch kein Nachteil. Zu den größten und wichtigsten Vorteilen und Schätzen des geeinten Deutschlands gehört die Vielfalt in der Einheit. Schon im Freistaat Sachsen

haben wir relativ schnell gemerkt, daß die Sachsen zwar alle Sachsen sein wollen, aber keineswegs nur. Die Vogtländer legen großen Wert darauf, die Erzgebirgler, die Niederschlesier, die Menschen in Leipzig und Dresden und viele andere sagen, wir sind in Sachsen die Oberlausitz, die schlesische, die sächsische Oberlausitz, wir haben auch eine eigene Heimat, eine eigene Region. Wir haben das auch in unsere Verfassung geschrieben. Wir haben das nie als einen besonderen Nachteil empfunden. Wir waren immer der Meinung, die Vielfalt in der Einheit ist ein Stück unserer Stärke. Und so ist das auch in Deutschland.

Lediglich diejenigen, die alles durch Schablonen sehen, oder die nur etwas schreiben können, wenn sie dafür Vorgänge schon in ihren Zettelkästen haben, können nicht begreifen, daß dies ein dynamischer Lernprozeß ist, in dem man sich näher kennenlernt und dabei nicht nur das Gemeinsame, sondern auch das Verschiedene schätzen lernen muß. Das, wie gesagt, ist der eigentliche Reichtum unseres Landes. Deshalb ist mir auch gar nicht bange, aber man muß natürlich sehen, daß es in den nächsten Jahren noch viele Auseinandersetzungen in diesem geeinten Deutschland geben wird. Auseinandersetzungen vor allen Dingen deshalb, weil wir uns in den letzten Jahrzehnten in Westdeutschland (und man gewöhnt sich ja auch in Ostdeutschland sehr schnell daran) daran gewöhnt haben, daß eine wesentliche Aufgabe des Staates darin besteht, Dinge zu verteilen. Und daran, daß, was man einmal bekommen hat, sofort Besitzstand wird. Das heißt, wenn man Geld zur Lösung eines Problems bekommt, dann besteht zumindest die Gefahr, daß man an diesem Problem einen Besitzstand erwirbt, damit man immer Geld bekommt. Diese Entwicklung finden wir in vielen Teilen des Landes, und da das Geld für diese Art von Politik nicht ausreicht, gibt es Verteilungskämpfe.

Diese Verteilungskämpfe aber als eine Gefährdung der nationalen Einheit zu betrachten, ist schlichter Unfug. Die nationale Einheit ist viel zu stark, und unser gemeinsamer Wunsch im geeinten Deutschland zu leben viel zu fest verwurzelt und fundiert in unserer Geschichte, als das wir Streit um die richtige Ordnung des Landes nicht aushalten können. Wenn es in Deutschland ein Problem gibt, dann dies, daß wir verlernt ha-

ben, wie man über eine Sache richtig streitet, damit man gemeinsam zu einem guten Ende findet.

Das Zweite, wir haben die Talsohle erreicht. Der Abbau und der Aufbau halten sich inzwischen die Waage. Die Menschen haben Ungeheures geleistet in dieser Zeit. Ganze Industriebereiche und Lebenserfahrungen sind zusammengebrochen. Umwälzungen haben im Arbeitsmarkt, aber eben nicht nur im Arbeitsmarkt, sondern in der ganzen Lebensweise der Menschen, stattgefunden. Wenn in einem Land noch vor vier Jahren 92 % der erwerbsfähigen Bevölkerung einer bezahlten Beschäftigung nachgeht, und vier Jahre später nur noch 50 % der erwerbsfähigen Bevölkerung eine solche Beschäftigung hat, dann ist das ein revolutionärer Vorgang. Im wahrsten Sinne des Wortes. Es betrifft jeden im Land, egal ob er noch Arbeit hat oder nicht. Denn das Verhältnis zum Nachbarn wird natürlich auch beeinflußt durch die unterschiedliche Lebensweise. Die Art zu wohnen, die Art miteinander umzugehen, die Kindererziehung, alles ändert sich in einer solch tiefgreifenden Veränderung. Und gleichwohl - die Menschen haben dies geleistet, ohne Brücken und Autobahnen zu besetzen, ohne Stadtkerne lahmzulegen. Sie haben es geleistet, und sie haben den Mut dabei nicht verloren. Dies finde ich, ist die größte Leistung der letzten drei Jahre.

Vor wenigen Tagen ist eine Umfrage veröffentlicht worden, in West wie in Ost auf einer breiten Grundlage, in der die Menschen unter anderem gefragt wurden, ob sie glaubten, daß es ihnen in den nächsten Jahren besser geht, gleich gut, gleich schlecht oder schlechter. Und diese Umfrage ist nach Ostdeutschland und Westdeutschland geteilt worden. In Westdeutschland waren 7 % der Befragten der Meinung, es werde ihnen in den nächsten Jahren besser gehen, in Ostdeutschland waren es 28 %. Daß es ihnen gleich gut gehen würde, haben die Westdeutschen und die Ostdeutschen gleichermaßen beantwortet: Je ein Drittel ungefähr war der Meinung, es wird so bleiben, wie es ist. Gleich schlecht, im Grunde derselbe Zustand, aber anders gewendet, waren im Westen 9 %, im Osten 16 %, aber das Entscheidende war: Daß es ihnen schlechter gehen würde, haben in Westdeutschland 47 % angenommen und in Ostdeutschland 23 %. Das ist eine ganz tiefgreifende unterschiedliche Bewertung der Zukunft. Und daß diese unterschiedliche Bewertung der Zukunft

nun gewissermaßen im umgekehrten Verhältnis zur Last der Probleme steht, ist das eigentlich Bemerkenswerte.

Worauf ist dies zurückzuführen? Das hat sicher viele Gründe. Wenn es nicht eine ostdeutsche, sondern eine rein sächsische Umfrage gewesen wäre, würden mir zusätzlich noch einige weitere einfallen. Aber einer der entscheidenden Gründe liegt wohl darin, daß die Menschen ihre zukünftige wie ihre gegenwärtige Befindlichkeit nicht danach beurteilen, wie hoch ihr absoluter Lebensstandard ist, sondern in welcher Richtung er sich verändern könnte. Die Menschen hier glauben daran, jedenfalls in ihrer beachtlichen Mehrheit, daß wir die Talsohle erreicht haben, und daß es jetzt in der Zukunft eher aufwärts geht. Und weil sie daran glauben, daß es in der Zukunft eher aufwärts geht, sind sie optimistisch. Die Westdeutschen wissen, wir sind auf einem sehr hohen Niveau, wir haben mit den höchsten Lebensstandard in der ganzen Welt, aber er wird sich in den nächsten Jahren, und das ist ja auch eine realistische Einschätzung der Wirklichkeit, nicht verbessern. Deshalb ist die Aussicht eher die eines Verharrens oder um es negativ auszudrücken, der Stagnation. Möglicherweise wird der westdeutsche Lebensstandard sogar in realen Bedingungen leicht sinken. Und deshalb ist man eher pessimistisch für die Zukunft.

Ich meine, daß wir alle in ganz Deutschland daran arbeiten müssen, daß sich diese eher pessimistische Haltung bei 80 % der Deutschen ändert. Das geht nur dadurch, daß wir eine gemeinsame deutsche Politik machen, die eben gerade nicht durch die Teilung, sondern die Gemeinsamkeit der Aufgabe definiert ist, und deren Überschrift lautet "Es geht immer ganz Deutschland besser, wenn es irgendwo in Deutschland besser wird." Wenn jetzt diejenigen, die in den letzten 40 Jahren in Freiheit haben aufbauen und einen historisch einmaligen Wohlstand haben erarbeiten dürfen - die Menschen hier hätten ja auch gern erarbeitet, wenn man sie nur gelassen hätte - wenn sie, daß sie ihn sich erarbeiten durften, nun über eine längere Zeit stärker investieren und dafür weniger konsumieren wollen, dann sichern sie die Zukunft des ganzen Landes und damit ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder. Ich habe neulich in einer Versammlung gesagt, wenn eine Familie, die zur Miete gewohnt hat und 15 % des Familieneinkommens für die Miete aufgebracht hat, sich jetzt entscheidet ein Haus zu bauen und dieses Haus

als Eigentum zu erwerben, dann weiß sie, die 15 % des Familieneinkommens reichen für diese große Aufgabe nicht. Wir wissen aus Umfragen aus Westdeutschland, daß in solchen Fällen 30 % Aufwendung aus dem Familieneinkommen für die geplante Investition und Erwerb des Eigentums als vollkommen tragbar empfunden werden. Wenn die Familie eine solche Entscheidung trifft, wird sie kaum um den Tisch sitzen und nur von Verzicht und Einschränkung und niederdrückenden pessimistischen Aussichten auf die Zukunft reden, sondern sie wird sich auf das gemeinsame Haus freuen, und das sollten wir in Deutschland auch tun.

Und zum dritten. Wir haben in dieser Zeit viel gelernt. Wir haben viel Neues lernen müssen, und wir sind zunächst mit Sicherheit von all dem Neuen auch überwältigt worden. Aber wir haben in dieser Zeit auch eine Menge Menschen aus Westdeutschland unter uns gehabt, die dazu beigetragen haben, daß dieser Lernprozeß stattfinden konnte, die das Wissen und Können, über das sie verfügten, hierher getragen haben. Das Wichtigste, liebe Freunde, ist nicht das Geld. Das Wichtigste ist das Wissen und Können. Geld ohne Wissen und Können ist tot. Nur wenn es sich verbindet mit Menschen, die etwas wissen, etwas können und etwas wollen, dann lebt auch das Kapital. Nur wenn diejenigen, die die Fähigkeit haben, eine freiheitliche Gesellschaft zu organisieren, einen Betrieb zu gestalten, einen Handwerksbetrieb zu organisieren, ein Einzelhandelsgeschäft zu betreiben, eine Verwaltung neu aufzubauen, zur Verfügung stehen und wollen - zwingen kann man niemanden -, dann ist auch das Geld wertvoll. Und es sind viele gekommen. Es sind natürlich auch viele gekommen, die das schnelle Geld machen wollten. Das ist in jeder Umbruchssituation so. Aber die sind zum großen Teil wieder gegangen. Aber diejenigen, die gekommen sind, um zu bleiben, um länger zu bleiben, die mitgeholfen haben, daß wir wertvolle Erfahrungen aus der Vergangenheit für unsere eigene Zukunft erwerben konnten, haben uns sehr geholfen. Denen möchte ich an dieser Stelle danken. Aber wir haben auch gelernt aus eigener Kraft und aus eigenem Tun und aus eigenem Können. Was wir gelernt haben, ist, wie wird eine Zentralplanwirtschaft in einer Diktatur auf friedliche Weise in eine freiheitliche Ordnung und eine offene

Wirtschaft umgewandelt, wie wird die Transformation von der Diktatur zur Freiheit gestaltet. Deutschland war für ganz Osteuropa fast wie ein Laboratorium. Bei gleicher Sprache, gleicher Kultur, gleicher Geschichte und einem sehr starken Partner in Westdeutschland, 80 % der Deutschen, 93 % des Bruttoinlandprodukts dort erzeugt, konnten wir gewissermaßen ohne das Risiko in den Kommunismus zurückzugleiten, den Transformationsprozeß in Gang setzen. Und viele Menschen aus Osteuropa, aus Südosteuropa kommen inzwischen hierher und fragen, wie habt ihr das gemacht. Unsere Erfahrungen, die wir bisher gesammelt haben und in den nächsten Jahren weiter sammeln werden, werden immer wertvoller. Wertvoller für Deutschland und wertvoller für Europa. Diese eigene Erfahrung sollte uns selbstbewußt machen. Das ist etwas, das man von uns lernen kann.

Es ist ganz wichtig für das Selbstbewußtsein der Menschen, daß sie wissen, ich muß nicht nur von jemand anders lernen, man kann auch von mir lernen. Je weiter dieser Prozeß geht, umso deutlicher wird werden, meine Freunde, daß wir wirklich nur noch voneinander lernen können. Daß nicht mehr nur der eine von dem anderen lernt, sondern daß wir voneinander lernen. Und dieses Voneinander-Lernen wird sich vor allem auf das Ziel der ganzen Aufgabe beziehen, nämlich auf das geeinte Deutschland. Welche Rolle das geeinte Deutschland spielen soll, wie nicht nur Sachsen, sondern das geeinte Deutschland im Jahr 2000 aussehen soll, welche Aufgaben in Europa es leisten soll, wie es sich seinen Nachbarn gegenüber verhalten soll, welche Führungsrolle es übernehmen soll bei der Erneuerung der europäischen Politik, so daß nicht nur eine Nord-Süd, sondern auch eine West-Ost-Verantwortung in dem geeinten Europa, insbesondere in der europäischen Gemeinschaft, angenommen und verwirklicht wird - das sind alles Fragen, liebe Freunde, auf die die Westdeutschen genauso wenig eine Antwort haben wie wir.

In dem Bezug auf den nationalen Dialog über die Zukunft Deutschlands sind wir alle gleichwissend. Und das Zusammenführen des gleichen Wissens zu dieser großen, nationalen Aufgabe wird zeigen, daß das Wissen und die Erfahrung der Menschen, die sie in den letzten 45 Jahren in Ostdeutschland gesammelt haben, für die Beantwortung der Frage nach der europäischen und deutschen Rolle des geeinten Deutschlands ebenso wichtig

ist, wie das, was die Menschen im Westen erfahren haben. Wenn das aber so ist, dann wird aus der großen nationalen Debatte über die Zukunft Deutschlands, die noch aussteht, ein ganz neues Stück Einheit erlebt werden, nämlich die Einheit, die darin liegt, daß man eine zentrale politische, geistige und kulturelle Aufgabe, eine große Frage an die Nation nur gemeinsam beantworten kann.

Der vierte Punkt, auf den es mir ankommt, ist die Feststellung: Aus dem Beitritt ist die Einheit geworden. Das ist auch sehr wichtig. Nichts hat den ursprünglichen Gang der deutschen Einheit stärker belastet als das Mißverständnis, das mit dem Wort "Beitritt" verbunden war. Das Mißverständnis nämlich, daß die DDR der Bundesrepublik Deutschland beitritt, in ihr aufgeht und damit alles so ist, wie die alte Bundesrepublik Deutschland war. Das war ein Irrtum. Was sich tatsächlich ereignet hat, war nicht der Beitritt einer Minderheit von Mitgliedern zu einem bereits bestehenden Klub unter den Bedingungen dieses Klubs, sondern war die Entstehung etwas Neuen, des geeinten Deutschlands. Es war eine Fusion, ein Zusammenschluß. Zwar mit höchst ungleichen Hälften, das ist durchaus richtig, aber wenn ich mal ganz praktisch in unsere Partei gucke, würde ich sagen, so ungleich sind die Hälften nicht, wenn ich mir zum Beispiel die Präsenz sächsischer CDU-Politiker in der Bundespartei der CDU anschau. Also hier muß ja irgendwas passiert sein. Und man wird Heinz Eggert oder Steffen Heitmann oder anderen sicherlich nicht nachsagen können, sie seien der westdeutschen CDU lediglich beigetreten. Wenn sie ihr lediglich beigetreten wären, dann wären die Irritationen sehr viel geringer gewesen.

Nein, wir haben mit dem Wort von der Einheit ernst gemacht. Zur großen Verblüffung vieler Seilschaften in Westdeutschland. Wir haben das Wort ernst gemeint zur großen Verblüffung der eingeübten Entscheidungsträger im Bundesrat und im Bundestag. Welche Verwunderung im Bundestag, als plötzlich Herr Kolbe anfang, den Haushalt zu kritisieren, so als hätte er ein Recht dazu, obwohl er doch in Sachsen lebt, wo das Geld hinfließt. Auch die Vorstellung, die Einheit muß erst erworben werden, und auch das ist ein Stück des Einigungsprozesses. Aber ich habe den Eindruck, daß wir gerade da auf gutem Wege sind.

Der Bundestag und der Bundesrat haben sich inzwischen daran gewöhnt, daß diese Parlamente die Einheit repräsentieren. Der Bundesrat, der kleiner und vornehmer ist, schneller. Der Bundestag, der größer ist und auch vornehm, aber inzwischen ebenfalls. Und ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, weil das so selbstverständlich gar nicht war. Daß sich die ganzen Machtverhältnisse verändern, daß plötzlich Partner gesucht werden mußten, wenn man Mehrheiten haben will, die vorher überhaupt noch nicht vorhanden waren und daß man sich deshalb auch auf deren Probleme einstellen mußte. Deshalb sage ich, das ist im Bundesrat schneller gegangen, weil dort das Gewicht der ostdeutschen Länder sehr viel größer ist als im Bundestag, durch ganz andere Stimmengewichte und die Zahl der Länder. Von Ausnahmen abgesehen, hat sich dann auch Berlin auf die Seite der ostdeutschen Länder geschlagen, obwohl sich ja früher ein Teil eher westdeutsch gesehen hat. Das gilt allerdings nicht in allen Fällen, aber doch in vielen. So daß sich im Bundesrat eine nachhaltige Änderung der Strukturen entwickelt hat. Aus dem Beitritt ist die Einheit geworden. Auf dieser Einheit bauen wir jetzt auf.

Die Westdeutschen erkennen die ganze Dimension der Aufgabe. Ich finde - vor allen auch bezogen auf das nächste Jahr - wir sollten damit aufhören, uns gegenseitig vorzuhalten, ob man die Dimension dieser Aufgabe im Jahr 1990 nun richtig oder falsch erkannt hat. Diese Debatte führt nur dazu, daß man sich den jeweils Richtig- oder Falschdenker aussucht, um ihn in der konkreten Auseinandersetzung dann immer für das Ganze in Anspruch zu nehmen. Das macht keinen Sinn.

Auch der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage hat noch im Januar 1990 geglaubt, die wirtschaftliche Fusion zwischen den beiden deutschen Staaten müsse mindestens fünf bis sechs Jahre dauern, und zunächst müsse die DDR fortbestehen, damit man in der DDR die Wirtschaft auf eine marktwirtschaftliche Grundlage stellen und dann zu einer konvertiblen Währung führen kann. Als krönender Abschluß sollte dann später einmal die DM in allen Teilen Deutschlands eingeführt werden. Im Unterschied zur Meinung der Sachverständigen hat die "Krönung" dann bereits im Sommer 1990 stattgefunden. Und der Grund, warum sie so früh stattgefunden hat, war ein demokratischer, wenn auch mit ganz anderen als Wahlzetteln

ausgedrückter Grund. Die Menschen in Ostdeutschland haben sich daran erinnert, daß sie Bundesbürger sind, weil Westdeutschland nie die ostdeutsche Staatsangehörigkeit anerkannt hatte, sondern sie gewissermaßen immer als Bundesbürger behandelt und geführt hatte, was auch richtig war. Das ist ja das, was immer vergessen wird. Es gab ja in den 70er und 80er Jahren eine lange Debatte in Deutschland, ob man nicht die Staatsangehörigkeit der DDR anerkennen müsse. Daß die Anerkennung abgelehnt wurde, war der Grund dafür, daß mit der Öffnung der Mauer Deutschland de facto geeint war. Denn von dem Augenblick an, von dem die Ostdeutschen über die Grenze nach Westdeutschland gehen konnten, gab es zur Einheit keine Alternative mehr. Alles andere war dann die Umsetzung dessen, was das Volk selbst in Gang gesetzt hatte. Das bedeutet keine Verringerung der großen politischen Leistung, aber man muß immer auf die Quelle sehen. Und die Sachverständigen haben im Januar 1990 diesen entscheidenden Gesichtspunkt übersehen, übrigens viele andere auch.

Was wir jetzt brauchen ist keine rückwärts gewandte Debatte über die Frage "Wer hat recht, wer hat unrecht?", sondern was wir jetzt brauchen, ist, daß wir zur Kenntnis nehmen, wie die Menschen selbst inzwischen die Dinge sehen. Und sie sehen sie sehr viel vernünftiger. Im Freistaat Sachsen gehen die Menschen davon aus, daß für den Wiederaufbau des Landes bis zur Erreichung eines Niveaus, das man mit den ärmeren westdeutschen Ländern, vergleichen kann, zwischen 10 und 15 Jahre nötig sind. Der Realismus, der in dieser Einschätzung zum Ausdruck kommt, ist ein wichtiges Kapital. Deshalb, weil die Menschen vor dem Hintergrund dieser realistischen Betrachtungsweise nicht mehr gequält werden durch die ständige Vorstellung, daß man ja nicht zum Ziel kommt, sondern sich zunehmend auf das konzentrieren, was unsere eigentliche Aufgabe sein wird, nämlich der Weg zu diesem Ziel, wobei dieses Ziel noch gar nicht definiert ist.

Das Ziel, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist mit Sicherheit nicht der Lebensstandard und die Lebensweise von Westdeutschland im Jahr 1992, denn in den nächsten 12 Jahren bis zum Auslaufen des Solidarpakts im Jahr 2005 wird sich auch in Westdeutschland eine Menge verändern. Und zwar nicht nur in den ökonomischen Daten, sondern auch im Denken der Menschen.

Je weiter wir von dem getrennten Ausgangspunkt weg sind, um so mehr werden wir uns in der Entwicklung unseres Denkens gegenseitig beeinflussen. Um so mehr werden wir die Zukunftsaufgaben erkennen, und die werden auch unser Gegenwartsdenken prägen, die Zukunftsaufgaben, die sich ja nicht nur aus der Weiterentwicklung Deutschlands, sondern eben aus der Weiterentwicklung Europas ergeben.

Wie Sie sich denken können, ist es eine große Versuchung für den Landesvorsitzenden als Ministerpräsidenten, eine Tour durch alles das zu machen, was so im einzelnen in den letzten drei Jahren geschehen ist. Das erlaubt weder die Zeit, noch ist es jetzt der richtige Ort. Aber einige wesentliche Punkte möchte ich herausheben und sie zumindest kurz erwähnen.

In den letzten drei Jahren - und spätere Geschichtsschreiber werden dies einmal als eine besondere Leistung in Ostdeutschland beschreiben - sind in Ostdeutschland neue Staaten und damit neue Regierungen und neue Verwaltungen entstanden. Der Oberbürgermeister und der Landrat haben vorhin aus ihrer jeweiligen Sicht über kommunalpolitische Probleme gesprochen, und wenn man die Grußworte so hört und Grußworte der Bürgermeister und der Landräte von vergleichbaren Veranstaltungen in Westdeutschland kennt, dann ist der Unterschied gar nicht mehr so groß. Die führenden Persönlichkeiten der Stadt oder des Landkreises verwenden wenig kurze Zeit auf lobende Anerkennung dessen, was schon ist, und mehr Zeit auf die ausführliche Beschreibung dessen, was noch zu geschehen hat. Ganz in Ordnung. Aber keiner denkt mehr in diesem Tagesgeschäft daran, daß vor drei Jahren und sechs Monaten in diesem Land ungefähr 40.000 Leute bereit waren, kommunalpolitische Mandate zu übernehmen. Ohne Erfahrung mit Selbstverwaltung, ohne Erfahrung mit dem neuen Recht, ohne Erfahrung mit der selbständigen Organisation einer Gemeinde, sei sie so groß wie die kleinste im Land mit 48 Einwohnern oder wie die größte mit fast 600.000. Keiner kommt auf die Idee zu fragen, welche unglaubliche Leistung darin besteht, daß Zehntausende von Menschen sich gewissermaßen in ein administratives und legislatives Abenteuer auf kommunaler Ebene gestürzt haben, um ihre Stadt, ihre Gemeinde, ihren Kreis in die Freiheit und in die Zukunft zu führen.

Eine großartige Leistung ist hier erbracht worden. Der Landtag hat diese Leistung mit einer ganzen Reihe von Gesetzen beglei-

tet, die zum Teil umstritten waren, wie sich das in einer Demokratie gehört. Die hier aber andererseits, wenn man es mal rückblickend betrachtet, mit einem sehr geringen politischen Aufwand, verglichen mit ähnlichen Vorgängen in westdeutschen Ländern, die ich ja miterlebt habe, mit einem vergleichbar geringen politischen Aufwand tiefgreifende Strukturänderungen vorgenommen hat. Die westdeutschen Bundestagsabgeordneten hören das vielleicht nicht so gern, ich nehme die ostdeutschen ausdrücklich aus, wenn wir ihnen sagen, daß der Sächsische Landtag mit der überwältigenden Mehrheit seiner Abgeordneten während der ersten Legislaturperiode beschlossen hat, sich um 25 % zu verkleinern.

Es gibt in ganz Westdeutschland keinen vergleichbaren Vorgang, den Bundestag eingeschlossen, obwohl der Bundestag nach einer jüngsten internationalen Aufstellung das größte demokratische Parlament auf der ganzen Welt ist. Solche Überlegungen, wie wir beispielhaft sein können, haben wir in Sachsen angestellt. Wir haben in dieser ersten Legislaturperiode aus 48 Landkreisen 23 gemacht. Der Bundesgeschäftsführer kann sich aus seiner früheren Tätigkeit daran erinnern, welche politischen Eruptionen Gebietsreformen auslösen. Im Vergleich dazu war der Vorgang harmlos. Wir haben in vielen, vielen Diskussionen dieses Problem bewältigt. Und ich möchte sagen, die Zusammenarbeit, die das möglich gemacht hat, ist sächsische Qualität. Darauf bin ich stolz, und Sie sollten es auch sein.

Ohne daß es bisher einen staatlichen Druck gibt, außer dem sanften Druck, den der Finanzminister durch geeignete Anreize ausübt, so möchte ich mal sagen, entwickelt sich eine ähnliche Neuordnung auf der Gemeindeebene. Der Oberbürgermeister hat den Speckgürtel erwähnt, der Landrat natürlich nicht. Ich möchte dazu eine Bemerkung machen. Diese Diskussion ist keine Chemnitz-spezifische. Das ist eine Diskussion, die wir in allen Großstädten haben. Mir geht das zu schnell mit dem Speckgürtel. Zuvor muß die Frage ehrlich diskutiert und beantwortet werden, warum sie entstehen. Das muß man die Städte fragen: Warum entsteht das nicht in der Stadt? Warum ziehen es die Menschen vor, vor die Tore der Stadt zu gehen, statt sich in der Stadt häuslich einzurichten? Eine große Stadt ist kein Naturgesetz, sondern eine kulturelle Leistung. Und wenn die große Stadt die kulturelle Leistung nicht in den Augen der

überwiegenden Mehrheit in einer überzeugenden Weise zum Wohl aller erbringt, dann suchen die Menschen in einem freien Land nach Alternativen. Die Entwicklung von Alternativen darf dann nicht gewissermaßen von vornherein als Fehlentwicklung behandelt werden, ohne daß man zunächst die Ursachen analysiert, denn zwingen kann ich die Menschen nicht. Wenn ich sie ohne plausible Gründe zwingen, lähme ich ihre Motivation, und wenn ich ihre Motivation lähme, haben weder die Stadt noch das Umfeld etwas davon.

Wir haben noch eine große Aufgabe auf der kommunalen Ebene vor uns, die nicht nur mit der Reorganisation zu tun hat, sondern auch mit dem Personal. Es gehört zu den schmerzhaften Teilen des Aufbaues des Freistaates Sachsen, daß sich sowohl die staatliche Ebene wie die kommunale Ebene von vielen Menschen trennen muß. Als wir mit der Arbeit begannen, hatten wir rund 165.000 - genau haben wir es nie definieren können - Mitarbeiter auf der staatlichen Ebene, und wir wußten, wenn wir uns mit den wohlhabenden Ländern in Westdeutschland vergleichen, daß wir einen wesentlichen Teil dieser Mitarbeiter nicht behalten konnten, weil wir sie auch gar nicht bezahlen konnten, jedenfalls nicht zu den Einkommenserwartungen, die sie nach Westvergleichen früher oder später haben mußten. Das gleiche gilt für die kommunale Ebene. Im Durchschnitt gerechnet beschäftigen wir in den ostdeutschen Ländern auf der kommunalen Ebene mehr als zweimal so viele Mitarbeiter auf 10.000 Einwohner wie im Westen. Das können wir nicht. Wir können zwar deutlich machen, daß es eine ganze Reihe von Aufgaben auf der kommunalen Ebene gibt, die wir noch durch den Staat bewältigen müssen, weil es die nichtstaatlichen Einrichtungen, die eine westdeutsche Stadt oder Gemeinde oder einen Landkreis bereichern und das eigentliche gesellschaftliche Geflecht darstellen, in dem viele Aufgaben in der direkten Kommunikation der Bürger untereinander gelöst werden, noch nicht gibt. Aber wir bemühen uns darum, es aufzubauen. Wir haben im staatlichen Bereich noch große Probleme. In der Nennung der drängenden Fragen hat nach der Arbeitslosigkeit im Freistaat Sachsen die innere Sicherheit inzwischen den zweiten Platz eingenommen. Da sind wir noch keineswegs bei endgültig befriedigenden Antworten angelangt. Auch hier spielt natürlich die Grenzlage eine wichtige Rolle. Hier sind große Aufgaben weiter zu leisten.

Als heute vor einer Woche in Hoyerswerda ein Kongreß eröffnet wurde, der sich mit Ursachen für Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit im Land befassen wollte, ging es natürlich auch um die Gewalt auf den Straßen. Mein alter Parteifreund Norbert Lammert hat eine sehr gute Feststellung gemacht zu diesem Thema. Die möchte ich hier weitergeben. Er hat in seinem Grußwort gesagt, bei der Bekämpfung von Gewalt müsse man sich von zwei Grundsätzen leiten lassen, die beide unverzichtbar sind. Der erste Grundsatz lautet: Jede Ausübung von Gewalt durch Menschen hat Ursachen. Und die zweite Aussage lautet: Außerhalb des staatlichen Gewaltmonopols darf es keine Gewalt geben. Die wichtigste Schlußfolgerung aus diesen beiden Grundsätzen ist, daß keine Ursachen nichtstaatliche Gewalt rechtfertigen. Das setzt aber voraus, daß wir über die Auseinandersetzung mit den Ursachen nie das zweite Prinzip aus den Augen verlieren dürfen. Ich habe manchmal den Eindruck, daß einige derjenigen, die sich mit dem Phänomen befassen, von den Ursachen der Gewalt so überwältigt sind, daß sie die Bekämpfung der Gewalt vergessen. Beides muß geschehen, die Autorität des Staates darf nicht notleidend werden, wenn es um das Gewaltmonopol geht, aber die kulturelle und geistige Autorität des Staates darf auch nicht notleidend werden, weil wir gar nicht mehr nach den Ursachen fragen. Beides gehört zusammen, und das ist in meinen Augen eine sehr anspruchsvolle Aufgabe.

Ich sagte es schon, an erster Stelle steht in unserem Land nach wie vor die Sorge der Menschen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Und diese Sorge bedrängt die Menschen gerade auch in diesem Teil Sachsens und in dieser Stadt. Die Stadt, die, weil sie immer Industriestadt gewesen ist, stolz war und ist auf diese industrielle Vergangenheit und Gegenwart, weil ein großer Teil der Menschen in der gewerblichen Wirtschaft beschäftigt war, und die gewerbliche Wirtschaft durch die unvermittelte Überleitung von der Planwirtschaft in die Wettbewerbswirtschaft auch am härtesten betroffen ist.

Dort, wo Dienstleistungen im Vordergrund stehen, wie das eher bei Leipzig und Dresden der Fall ist, ist eine Art Dämpfer da, der diesen Schock abfedert. Es gibt Alternativen. Aber in einer Industriestadt Dienstleistungen aufbauen, die Alternativen zur gewerblichen Wirtschaft sein können, ist sehr viel schwieriger, als in dienstleistungsorientierten Städten neue

Dienstleistungen zu schaffen und bestehende zu erweitern. Deshalb sind die Probleme in Chemnitz auch besonders groß. Ich meine jetzt den ganzen Raum. Ich möchte ausdrücklich hier sagen, daß sowohl die Christlich Demokratische Union das weiß. Aber wenn ich einen Augenblick aus meiner Rolle als Landesvorsitzender heraustreten und für die Staatsregierung sprechen darf, auch die Staatsregierung weiß dies. Wir werden einen großen Teil unserer Energie gerade im Blick auf knappe Ressourcen jetzt auf die Räume konzentrieren, in denen die Entwicklung durch die bisherigen Strukturen besonders schwierig ist. Dies gilt auch für diesen Raum, von dem hier die Rede war. Das heißt aber nicht, daß es eine Politik sein kann, bei der staatliche Aktivitäten an die Stelle fehlender Motivation der Bürger tritt.

Ich will noch einmal daran erinnern, ohne den Willen der Menschen selbst ist auch staatliches Subventionshandeln leerlaufend. Ich kann immer nur unterstützen, was schon da ist. Wenn ich das Staatliche an die Stelle dessen setze, was eigentlich da sein muß, dann entwickelt sich nichts. Daß es Motivation und Bürgerwille gibt, sich einzusetzen, daß es Bereitschaft gibt zu handeln, ist die Voraussetzung für alles weitere. Dafür ist es wichtig, daß die Menschen mit ihrem Leben im großen und ganzen zufrieden sind, also nicht niedergedrückt werden von den Problemen in einer Weise, die ihnen unmöglich macht, noch zu handeln. Aber die Ermutigung der Menschen weiterzumachen, Kraft zu mobilisieren, Selbstvertrauen zu haben, diese Ermutigung ist durch nichts zu ersetzen.

Letztlich werden sich die Entwicklungen der Regionen unseres geeinten Vaterlands auch danach entscheiden, ob es gelingt, die Menschen für diese Aufgabe in den Regionen zu gewinnen. Das ist in meinen Augen auch ein ganz entscheidendes Element politischer Führung. Die Politik darf nicht, wie das in den letzten Jahren vor der Wende in Westdeutschland zunehmend der Fall geworden ist, in erster Linie als jemand auftreten, der die Bürger fragt: Was kann ich denn statt deiner tun, damit du entlastet wirst?

Sondern die erste Aufgabe der Politik ist, zu sagen: Was müssen wir denn gemeinsam tun, und was ist dein Wille, und wo kann ich diesen Willen unterstützen?

Es kommt auf den Willen der Menschen an. Politik, die glaubt,

indem sie den Menschen die Lasten gewissermaßen abnimmt und die vielfältigsten Aufgaben einer freien Gesellschaft mehr oder weniger verstaatlicht, könne sie die Zustimmung der Menschen einwerben, ist auf dem Holzweg. Nicht weil es sofort keine Zustimmung mehr gäbe, sondern weil der Staat, wenn er sich mit zu vielen Aufgaben übernimmt, keine mehr vernünftig lösen kann, und die Menschen das Vertrauen in den Staat generell verlieren. Daraus entsteht eine Politikverdrossenheit, die es überhaupt nicht mehr möglich macht, mit den Institutionen der Politik die Menschen noch zu erreichen, geschweige denn zu motivieren.

Also - wenn wir uns zurückhalten bei der Übernahme von Aufgaben, dann stärken wir den Staat und schwächen ihn nicht. Wir schwächen ihn, wenn wir ihm alles aufbürden.

Die Liliputaner haben Gulliver auf seinen Reisen in ihr Land nicht durch ihre Einzelkraft überwunden, sondern durch eine List. Sie haben ihn, während er auf dem Boden schlief, mit Tausenden von Fäden an den Boden gefesselt. Das geschieht dem Staat, wenn er Tausende von Aufgaben übernimmt, die er nicht mehr alle lösen kann. Wir brauchen den einen starken Staat, und wir brauchen auch die Solidarität des Westens noch eine ganze Zeit für den Aufbau, für die Bewältigung der Arbeitslosigkeit, für die Neuordnung des Arbeitsmarktes und für die Investitionen im öffentlichen Bereich. Da geht es um riesige Beträge. Es sind Investitionen in die Zukunft Deutschlands. Und unsere Aufgabe muß darin bestehen, dreierlei zu tun:

Erstens: Den investiven Charakter dieser Leistungen deutlich zu machen.

Zweitens: Dafür zu sorgen, daß wir nicht selbst in die Versuchung verfallen, statt zu investieren zu konsumieren, auch im staatlichen Bereich. Also große Anstrengungen machen, die investiven Anteile zu erhalten.

Und Drittens: Daß wir möglichst sparsam mit dem Geld umgehen, das wir bekommen.

Dieser sparsame Umgang ist eine besondere Herausforderung, auch eine schwierige, denn er bedeutet nicht, daß man überall etwas einspart. Die ganze Spardiskussion in Westdeutschland, die verständlicherweise jetzt mal vom Bestehenden ausgeht, ist durch den Gedanken geprägt: Kann ich mir das Geschäft leichtmachen, indem ich einen Rasenmäher anschaffe? Und gewisserma-

Ben allen Leuten gleichermaßen auf die Füße treten, so daß in der Gemeinsamkeit der Einschränkung keine politischen Strukturen entstehen, die mir gefährlich werden können. Das ist nicht das Ziel.

Das Ziel lautet: Wie muß ich die Art und Weise, in der ich staatliche Aufgaben bewältige, intelligenter so organisieren, daß ich für die gleiche Aufgabe weniger Aufwand habe. Eine für jedes Großunternehmen, das in Konkurrenzschwierigkeiten geraten ist, völlig selbstverständliche Fragestellung. Allerdings berühren wir dabei eine Reihe von Tabus, und zwar keineswegs nur bei Gewerkschaften oder Arbeitgebern, sondern vor allem eine Reihe von Denktabus.

Der Bundeskanzler hat in seinem Grußwort, wie auch in Berlin darauf hingewiesen, daß unsere Zeit eine Zeit des Umdenkens ist. Lassen Sie uns doch mit dieser Formel alle beim Wort nehmen! Wir werden nämlich sehr schnell feststellen, daß das verdammt schwierig ist mit dem Umdenken. Wenn man das aber machen will, dann kann das St.-Florian-Prinzip nicht angewendet werden: "Denk du mal um, ich bleibe bei meinen Leisten." Das funktioniert nicht. Wir müssen alle umdenken. Wir haben nun aber unser bisheriges Denken in weitverzweigte und festgefügte Strukturen bürokratischer, organisatorischer, parteipolitischer und sonstiger Art gegossen. Wer umdenken will, kann es bei den alten Strukturen nicht belassen. Denn mit den alten Strukturen können die neuen Gedanken nicht verwirklicht werden. Wenn ich es bei den alten Strukturen lasse und nur auf Parteitagen "umdenke", wird sich in unserem Volk nichts ändern. Das ist das Entscheidende.

Was heißt das konkret, umdenken?

Das gilt für eine Stadtverwaltung genauso wie für die Staatsregierung in Dresden oder ein Regierungspräsidium oder die Bundesregierung in Bonn. Alle großen Aufgaben, die uns gestellt sind, sind komplexe Aufgaben. Die Komplexität der Aufgabe bedingt es, daß mehr als ein Ressort an der Bewältigung der Aufgabe beteiligt ist. Mehr als ein Dezernent in der Stadt, mehr als ein Minister im Land, mehr als ein Ressort im Bund, mehr als ein Abteilungsleiter beim Regierungspräsidenten oder was auch immer. Ich muß also mehrere Ressorts zusammenführen. Verwaltungen denken hierarchisch. Wenn Ressorts miteinander kommunizieren wollen, dann muß das über die Spitze gehen.

Wenn das Problem besonders komplex ist und viele Entscheidungsläufe erforderlich sind, bis der Innovationsprozeß abgelaufen ist, der zu der Antwort auf die Frage führt, wie man das Problem lösen kann, kann das, als Graphik vorgestellt, aussehen wie die Silhouette der Alpen. Es geht immer rauf und runter und vor und zurück. Die Aufforderung an komplexe Strukturen dieser Art, man möge sich doch an einen Tisch setzen und an diesen Tisch Leute schicken, die alle entscheidungsbefugt sind, und dann in einem, höchstens zwei Entscheidungsdurchgängen das Problem kollektiv, also im Wege der Koordination lösen, ist für viele althergebrachte bürokratische Hierarchien nicht nachvollziehbar: "Wie wird das dann mit der Mitzeichnung, wie wird das dann mit den Aktenwegen, wie wird es mit der separaten Überprüfung, wie wird das mit eigenständiger Verantwortung?" Sie glauben gar nicht, welches Ausmaß an Ideologie zur Verteidigung alter Strukturen mobilisierbar ist, wenn sie sich nicht in ihrer Existenz bedroht fühlen und deshalb nicht ihr Verhalten verändern.

Unsere Aufgabe ist es, unsere noch nicht festgefügteten Strukturen so elastisch zu halten, daß wir in der Lage sind, neue Wege zu gehen. Wir werden viele Westberater haben, die uns dringend von solchen Experimenten abraten, die sagen, das führe zu Durcheinander, Unübersichtlichkeit, verlorener politischer Verantwortung und was auch immer. In diesem Punkt sind die Westberater keine Westberater, sondern Besitzstandsfestschreiber. Das können wir nicht gebrauchen. Aber inzwischen kommen viele aus Westdeutschland, die sagen, wir würden gerne mal irgendwo hinkommen, wo man gerade das verändern könnte.

Ich sage Ihnen voraus, wenn wir in Sachsen beweglich und innovativ bleiben, wird das einer der wichtigsten Standortvorteile für die Anwerbung intelligenter Menschen in Deutschland. Denn wir können ihnen etwas bieten, was in alteingesessenen Gesellschaften nur unter großem Aufwand noch zur Verfügung steht, wirkliche Flexibilität und Innovationsmöglichkeit. Wir alle brauchen aber diese Innovation zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände suchen nach gemeinsamen Antworten auf die Frage, welche neue Ordnung wir brauchen, damit wieder mehr Menschen an der Erledigung der Aufgaben unseres Gemeinwesens mitarbeiten. Daß wir da neue Ordnun-

gen brauchen, steht für mich völlig außer Frage. Ich kann das hier nicht ausführen. Aber wenn ich eine Arbeitsordnung so gestalte, daß im Jahr 1994 von einem Durchschnittseinkommen eines westdeutschen Arbeitnehmers nur noch 53 % an den Arbeitnehmer als Nettolohn ausgezahlt werden und 47 % Abgaben sind, wenn außerdem die Intensität von Arbeitsplätzen in der gewerblichen Produktion so hoch ist, daß man mit 10 - 15 % der erwerbsfähigen Bevölkerung zur Aufrechterhaltung der gewerblichen Produktion auskommt, dann kann ich mir geradezu den Zeitpunkt ausrechnen, wann die gegebenen Strukturen des Arbeitsmarktes unter der Last der Widersprüche zusammenbrechen, die die Menschen nicht mehr zu akzeptieren bereit sind.

Meine Damen und Herren, wenn der Punkt kommt, wo jemand, der Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe bezieht und in der Schattenwirtschaft ein Zubrot verdient, der Meinung ist, dies sei der Normalfall und nicht die Ausnahme und könne deshalb weder moralisch noch sonstwie verwerflich sein, wenn dieser Zeitpunkt kommt, ist das gegenwärtige Arbeitssystem zusammengebrochen, ohne daß wir eine leistungsfähige legale Alternative geschaffen haben. Damit ist dann auch das Sozialsystem gefährdet. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, und ohne die werden wir Deutschland nicht erneuern. Damit ist dann auch das Sozialsystem gefährdet. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, und ohne die werden wir unseren Lebensstandard nicht sichern können. Deshalb empfinde ich es als besonders töricht, ich möchte das in diesem Zusammenhang nur kurz erwähnen, was Herr Lafontaine in den letzten Tagen von sich gegeben hat. Lassen Sie mich, da es sich ja bei Herrn Lafontaine unbestrittenermaßen um einen zumindest formal intelligenten Menschen handelt, hier eine Vermutung äußern. Ich äußere die Vermutung nicht nur mit parteipolitischen Vergnügen, sondern auch mit Sorge. Die Vermutung lautet: Hier wird ein Weg gesucht, durch eine lang festgeschriebene Einkommens- und Transferdifferenzierung genau die Innovationsnotwendigkeit zu umgehen, die ich eben beschrieben habe. Hier wird ein Weg gesucht, um dem Problem auszuweichen, das natürlich in Westdeutschland genauso beantwortet werden muß wie in Ostdeutschland. Denn wenn, ich sage das jetzt mal wieder etwas salopp, beim Daimler Tausende von Leuten entlassen werden, dann bricht in Baden-Württemberg eine Welt zusam-

men. Und ich möchte das nicht belächeln. Die Menschen dort haben auch ihre Erfahrung.

Und die Erfahrung ist, daß in diesem Land eine unbestreitbare Stabilität von großen Unternehmen ausgeht. Und wenn jetzt diese großen Unternehmen plötzlich in die Lage kommen, daß sie Tausende von Menschen entlassen müssen, ist ein Stück Sicherheit verlorengegangen. Und der Verlust von Sicherheit ist auch eine relative Sache. Wenn ich mich absolut sicher gefühlt habe, dann ist schon der Verlust eines Teils der Sicherheit eine große Verunsicherung. Wenn aber diese großen Verunsicherungen um sich greifen und wir die Probleme so diskutieren, als hinge das mit der deutschen Einheit zusammen und nicht mit ungelösten Problemen in ganz Deutschland, dann werden wir in der Tat die Trennung wieder herstellen. Das ist meine Sorge. Deshalb kann ich nur auch von hier alle Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und politischen Parteien zu Sachlichkeit aufrufen, unbeschadet eines Superwahljahres.

In Wirklichkeit waren 1990 viel mehr Wahlen als 1994, jedenfalls in der zeitlichen Streckung. Aber da fand das jeder toll, weil das die Zeit der Einheit war, und jetzt rufen wir in Sachsen dreimal in einem Jahr die Menschen zur Wahlurne - und das, sagen die Leute, das sei ein Superwahljahr und ab Dezember 1993 könne nichts mehr politisch laufen, weil man jetzt bis Ende 1994 damit beschäftigt sei, drei Wahltermine in Sachsen durchzuhalten.

Wir können doch keinem Menschen im Freistaat Sachsen klarmachen, daß wir jetzt ein Jahr politisch handlungsunfähig sind, nur weil die Leute wählen wollen. Ich möchte gerne, daß wir auch in der Zeit innovativ bleiben. Wir können die Leute nicht hier und in Baden-Württemberg und im Ruhrgebiet und anderswo jetzt ein Jahr lang mit der Erklärung warten lassen, die politischen Parteien seien zu sehr damit beschäftigt, ihre eigenen Pfründe und Positionen zu sichern, und am Ende des nächsten Jahres nach Koalitionsverhandlungen könne man dann wieder über sie reden. Dann braucht man sich doch nicht zu wundern, wenn sie zu Hause bleiben und inzwischen nur noch 22 % der Meinung sind, das richtige Führungspersonal ist an der richtigen Stelle. Das kommt durch solche Argumente. Superwahljahr heißt nichts anderes, als daß drei- oder viermal gewählt werden muß. Das ist in erster Linie eine Last für die Bürger und mögli-

cherweise eine Last für die Kandidaten, die gewählt werden wollen. Diejenigen, die dann gewählt wurden, werden das dann nicht mehr als Last empfinden. Das kann aber doch nicht bedeuten, daß der Innovationsprozeß in Deutschland für über ein Jahr ausgesetzt wird. In einer Zeit, in der sich die ganze Welt und ganz Europa verändert. Ich erwarte, ich sage das hier ausdrücklich als Ministerpräsident, ich erwarte, daß die Diskussion um die Erneuerung des Arbeitssystems, um die Weiterentwicklung des Sozialsystems und um die Wiedergewinnung von Investitionen unbehindert durch Wahlen weitergeführt wird. Ich erwarte, daß alle Beteiligten, die sich dazu äußern wollen, sich in einer Weise dazu äußern, in der man miteinander reden kann. Wir merken auch, wenn der Dialog sachlich geführt wird, wer der Bessere ist. Die Bürger sind intelligent genug, das beurteilen zu können. Angesichts der fast abgelaufenen Zeit nur noch kurze Bemerkungen zu anderen Punkten. So ist eine herausragende Aufgabe in diesem Land neben dem bereits Erwähnten die Erneuerung unseres Schul-, Bildungs- und Universitätssystems.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, die Einheit Deutschlands bedeutet auch die Einheit, die wiederhergestellte Einheit Europas. Wie meine ich das? Mit der Trennungslinie, die durch Deutschland lief, ist auch das bipolare, das konfrontative Europa verschwunden. Wir können wieder nach Osteuropa fahren. Osteuropa ist offen. Es befindet sich in einer ungeheuer schwierigen Phase der Neuordnung. Es war aber eine abrupte Entlassung aus einer Diktatur ohne jegliche historische Erfahrung mit demokratischen, marktwirtschaftlichen, dezentralen Strukturen. Das ist der gewaltige Unterschied zwischen den Transformationsprozessen in der Tschechischen Republik, in Ungarn, in Polen oder bei uns zu dem, was im Osten passiert. Aber eins wissen die Menschen im Osten. Sie möchten gerne wieder an der gesamteuropäischen Arbeitsteilung beteiligt werden. Sie möchten gerne wieder mitmachen, mit dem, was sie können, was sie haben. Und sie möchten nicht nur der Lieferant von Gas und Öl zum Heizen sein, sondern sie möchten ganz gern auch ihre Produkte zu uns bringen dürfen. Wir könnten ja auch daran interessiert sein, daß sie das dürfen, denn ohne die Stabilität in Osteuropa werden wir auch hier keinen

Frieden haben. Also wir haben ein eigenes Interesse. Ein unmittelbares deutsches Interesse und ein europäisches, vom sächsischen ganz zu schweigen.

Was heißt das jetzt mit Bildung und Wissenschaft? Mit dem Wiedereintreten der Osteuropäer in die gesamteuropäische Arbeitsteilung wird natürlich auch das Lohngefälle nach Osteuropa wirksam. Der Facharbeiter in Kiew verdient je nachdem wie man das umrechnet, ein Zehntel bis ein Zwanzigstel dessen, was ein Facharbeiter in Chemnitz verdient. In Westdeutschland arbeiten inzwischen Akademiker aus Rußland für einen Hilfsarbeiterlohn und sind glücklich, weil es ungefähr fünfmal so viel ist wie das, was sie bekämen, wenn sie in ihrem eigentlichen Beruf in Rußland arbeiten würden. Wenn wir also unseren Lebensstandard im Verhältnis zu Osteuropa sichern wollen, müssen wir Spitze sein in einem Wettbewerb, in dem die Technologie, die Wissenschaft und die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in einer hochentwickelten Industrie über den Lebensstandard entscheiden. Sachsen hat keine eigenen Rohstoffe, außer dem, was die Sachsen in den Köpfen haben. Das ist eine Menge. Aber wir müssen es natürlich jetzt mobilisieren. Wir müssen es jetzt durch die Ausbildung durch die Schulen, durch die Universität, durch die Fachhochschulen und durch unsere Bereitschaft, Hochbegabten auch eine besondere Ausbildung angedeihen zu lassen, nutzbar machen. Und deshalb wird Schule, Universität, Fachschule über die Zukunft unseres Landes entscheiden.

Meine Damen und Herren, viel wäre noch zu sagen.

Im nächsten Jahr sind Wahlen. Wir werden als Mitglieder unserer Partei jeder an seiner Stelle vor die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes treten und Rechenschaft ablegen über das, was wir zum Aufbau des Landes beitragen durften. Wir werden dabei nie vergessen, daß es in erster Linie die Bürger selbst sind, die diese Leistungen erbringen, und daß das Geld, das wir ausgeben, das Geld der Bürger ist, das die Bürger uns zur treuhänderischen Verwendung überlassen haben durch Steuern und Abgaben. Wir sind es nicht als Politiker, die irgend etwas bezahlen, sondern wir treffen Entscheidungen im Namen der Bürger. Das heißt, wir setzen die Prioritäten. An unserer Fähigkeit, die richtigen Prioritäten zu setzen, werden wir gemessen.

Im Dialog vor den Wahlen ragt eine Wahl auch für uns ganz persönlich besonders heraus. Das ist die Wahl des Bundespräsidenten. Wir haben vorhin Steffen Heitmann begrüßt, und ich habe gesagt, daß ich stolz bin zu wissen, daß er unter uns ist. Ich bin betroffen und traurig über die Art und Weise, wie über diese Kandidatur in Deutschland diskutiert wird. Ich bin betroffen und traurig, weil das, was diskutiert wird, wenn man sich überhaupt die Mühe macht, Steffen Heitmann nach seinen Meinungen zu befragen, in der Regel aus zweiter oder dritter Hand stammt. Ich habe vor wenigen Wochen aus Anlaß des Berliner Parteitages eine Reihe befreundeter Journalisten befragt, die ich gut kenne aus langjähriger politischer Arbeit, ob einer von ihnen, die sich alle schon zu Steffen Heitmann geäußert hatten, sich die Mühe gemacht habe, Bundestags- oder Landtagsprotokolle der Reden von Steffen Heitmann zu überprüfen, insbesondere die Rede, die Steffen Heitmann zum 17. Juni gehalten hat. Keiner hatte dies getan. Keiner hatte sich die Mühe gemacht. Hätte er es unterlassen, wäre schon der Student im 2. Semester aus einem Seminar rausgeflogen, wegen völlig unzureichender Arbeitsweise.

Es ist unerträglich, daß diejenigen, die inzwischen dazu übergehen, die Meinungs- und Pressefreiheit umzuinterpretieren in den Anspruch, einzige moralische Instanz zu sein. Es ist unerträglich, daß diejenigen sich noch nicht einmal die Mühe machen, den einfachsten Sachverhalt aufzunehmen, ehe sie ein Urteil bilden. Und wenn aus keinem anderen Grund, dann ist schon aus diesem Grund, so schwierig das für Steffen Heitmann ist, die bisherige Diskussion eine Selbstdiagnose Deutschlands, die uns erschrecken muß.

Wie, so frage ich diejenigen zurück, die die Rede vom 17. Juni nicht kennen, die vielfach durch Beifall aller Parteien unterbrochen wurde, wie können sie den Anspruch, den sie erheben, legitimieren, und wie sollen denn in Deutschland Diskussionen geführt werden, die in die Tiefe gehen, bei Themen wie der Substanz unseres Landes, unseres Selbstverständnisses, unserer Zukunft, der Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen unserer bisherigen Lebensweise, der Neubestimmung des Verhältnisses von Individualismus und Verantwortung, der Folgen der demokratischen Entwicklung? Wie sollen denn all diese Diskussionen in einer hochentwickelten Industrienation mit 80 Millionen

Einwohnern noch geführt werden können, wenn es in diesem Land nicht mal möglich ist, sich als Kandidat für ein hohes Amt zur Verfügung zu stellen, ohne das über einen aus zweiter, dritter oder vierter Hand oder nach 25maligen Abschreiben alleine ein Urteil gefällt wird.

Es geht mir dabei, und Steffen Heitmann wird das nicht mißverstehen, keineswegs nur um Steffen Heitmann. Es geht mir um etwas, was hier deutlich wird, daß es nämlich nicht mehr die Fähigkeit gibt, die Grundwerte, den Humanismus, die Toleranz, den Respekt vor anderen Auffassungen, noch als eine Kultur der Rede und des Streits zum Wohle aller zu pflegen, die gerade diejenigen, die sich in besonders widerlicher Weise geäußert haben, für sich gewissermaßen als Monopol in Anspruch nehmen. Die Demokratie steht und fällt mit der Kultur des gegenseitigen Umgangs. Kein Staat kann das Defizit an Rückgrat und Charakter ersetzen, an dem eine Demokratie zugrunde geht. Deshalb, nicht nur wegen Steffen Heitmann, appelliere ich an die deutsche Öffentlichkeit, sich diese Art von angeblichem Dialog nicht gefallen zu lassen.

Was sich in dieser Art von Debatte zeigt, beunruhigt mich zu tief. Es ist für mich fast wie ein Syndrom versagender kultureller Leistungsfähigkeit. Nicht nur so wegen unseres Freundes Steffen Heitmann, sondern wegen unseres Landes und wegen seiner Zukunft scheint es mir erforderlich, zu einer Form des Dialogs und des Streits zurückzukehren, aus dem allein dann auch eine Entscheidung erwachsen kann, die alle als eine wirklich gut gefundene Entscheidung zu akzeptieren bereit sind. Gleichgültig wie sie ausfällt. Denn die Legitimation einer Entscheidung beruht nicht darauf, daß irgend jemand sie durchsetzen konnte. Das ist wichtig, aber nicht allein ausreichend, sondern das, was durchgesetzt wird, muß in einer Weise vorher insgesamt miteinander diskutiert worden sein, so daß sich jeder auch mit dem unterlegenen Standpunkt in dieser Diskussion wiederfindet.

So wie es Steffen Heitmann gelungen ist bei der Debatte über die Verfassung im Landtag - und er hat einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, daß nämlich auch diejenigen die Diskussion mit der PDS verweigert haben, deren Anträge die PDS wieder aus dem Kasten holte, um die Front der Demokraten zu spalten und daß diejenigen, die unterlegen waren, ans Pult getreten sind

und gesagt haben: Auch meine Niederlage ist ein Teil dieses Kompromisses, und deshalb akzeptiere ich ihn. Diese Kultur wünsche ich mir in der Debatte in ganz Deutschland. Steffen Heitmann steht für diese Kultur, und deshalb ist er unser Mann.

**Einführende Rede von Dr. Fritz Hähle
zum 6. Landesparteitag der Sächsischen Union**

Grundsätze und Programm der Sächsischen Union
"Wie soll Sachsen im Jahr 2000 aussehen?"

Herr Tagungspräsident, Herr Vorsitzender,
liebe Parteifreunde, meine sehr verehrten Damen und Herren,

der 5. Landesparteitag in Riesa am 10. Oktober 1992 hatte dem Landesvorstand den Auftrag erteilt, politische Leitlinien zu formulieren und eine Diskussion über die Grundsätze und die Ziele der Sächsischen Union in Gang zu setzen mit dem Blick ins nächste Jahrtausend.

"Wie soll Sachsen im Jahr 2000 aussehen?"

Mit dieser Frage haben wir uns ein Jahr lang auseinandergesetzt.

Das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses liegt Ihnen heute als Leitantrag des Landesvorstandes vor.

Ich muß sagen, es hat mich außerordentlich beeindruckt, wie dieses Programm nach und nach gewachsen ist, und welche hervorragenden Beiträge unsere Mitglieder und Mitgliedergruppen dazu erbracht haben.

Insgesamt lagen mehr als 50 verschiedene Zuarbeiten schriftlich vor, eingereicht von Einzelpersonen, aber zum großen Teil auch als Ergebnisse von Arbeitsgesprächen zu bestimmten Themen.

Die vom Landesvorstand berufene Programmkommission hat in 5 Gruppen mit insgesamt 36 Mitgliedern gearbeitet. Die Leiter dieser Arbeitsgruppen bildeten den engeren Kreis der Programmkommission, so wie er auch namentlich auf dem Deckblatt des Leitantrages aufgeführt ist.

Die ökologische Dimension unseres Programms hat der Landesfachausschuß "Landesentwicklung, Umweltschutz und Verkehr" bearbeitet. Wir haben deshalb Herrn Dr. Rotsch, den Leiter dieses Fachausschusses, mit in den engeren Kreis der Programmkommission hineingenommen.

Verdienste am vorliegenden Programmentwurf haben auch unsere anderen Landesfachausschüsse und ganz besonders deren Vorsitzende, die ich in meinem Bericht bereits erwähnt habe.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle im Diskussionsverlauf haben zwei besondere Gruppen im CDU-Landesverband Sachsen gespielt: Das Christlich-Konservative Deutschland-Forum und der Gesprächskreis 2000. Ich werde später noch einmal darauf zurückkommen.

Natürlich hat auch der von der Grundsatzprogramm-Kommission des Bundesvorstandes im Januar 1993 vorgelegte Grundsatzpro-

gramm-Entwurf, noch mehr aber die dazu verfaßten Anmerkungen und Alternativen von Kurt Biedenkopf, ebenso wie sein Beitrag zur Jugendpolitik, einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung des Programms der Sächsischen Union ausgeübt. Der sächsische Beitrag zur Grundsatzprogramm-Diskussion innerhalb der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hatte wiederum Rückwirkung auf die jetzt vorliegende Neufassung des Grundsatzprogramm-Entwurfs der Bundespartei. Die sächsischen Anregungen sind weitgehend berücksichtigt und Gedanken aus unserem Sächsischen Programm-Entwurf - insbesondere zur Familienpolitik - aufgegriffen worden. Der neue Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms ist klarer und kürzer. Er trägt den Erfordernissen der Gestaltung der Deutschen Einheit wesentlich mehr Rechnung als dies im ersten Entwurf der Fall war.

Doch zurück zu unserem eigenen, unserem sächsischen Programm: Erst vor dem Hintergrund unserer speziellen ostdeutschen Erfahrungen - so meine ich - läßt sich ermessen, welche Leistung hinter und in einem solchen Programm steckt. Ich weiß nicht, ob es allen bewußt geworden ist, die daran mitgewirkt haben: Es gab keine ideologischen Vorgaben, und es gab keine Zensur, es gab auch keine Vorbilder, zumindest nicht für das, was typisch sein sollte für die CDU in Sachsen, die Sächsische Union. Ich glaube, wir hatten in der Vergangenheit in der Parteiarbeit doch einige Schwierigkeiten damit, daß bislang nicht sicher definiert war, was unsere gemeinsamen Grundlagen und unsere gemeinsamen Ziele sind. Der Sächsischen Union gehören Mitglieder unterschiedlicher Herkunft an. In ihr mußten sich Bürgerrechtler und Mitglieder der '89+/'90 neu entstandenen demokratischen Parteien, Neumitglieder der Nachwende-CDU mit Mitgliedern der Vorwende-CDU und Mitgliedern der ehemaligen Bauern-Partei zusammenraufen. Das war ein notwendiger Teil unseres Erneuerungsprozesses. Wir meinten damit zunächst eine gründliche Abkehr vom alten System und von denen, die damit allzu eng verquickt waren. Wir hoffen, daß dieser Teil mit der Nominierung der Kandidaten für die nächsten Wahlen im wesentlichen abgeschlossen sein wird. Der zweite Teil der Erneuerung soll und muß nunmehr klären, wo wir uns hinwenden, welchen Weg wir gehen wollen, welche Ziele wir verfolgen. Dazu gehört auch eine Verständigung darüber, was wir unter unseren gemeinsamen Wurzeln und Grundwerten verstehen. Sicher gab es schon einige grundsätzliche Gemeinsamkeiten - vielen ist das "C" im Parteinamen wichtig. Allen gemeinsam ist wohl der hohe Wert der auf christlicher Tradition ruhenden

Kultur und Lebensart. Die Fundamente liegen einigermaßen fest. Das darauf errichtete Gebäude scheint jedoch nicht in jeder Beziehung für ein wiedervereinigtes Deutschland zu passen. Wir mußten uns fragen: Machen wir in aller Eile nur einen Anbau-Ost? Oder reißen wir ab und bauen völlig neu? Oder bauen wir das gesamte Gebäude gründlich um? Ich glaube, daß letzteres der einzig sinnvolle und erfolgversprechende Weg ist. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kommen wir bis 1990 nicht vor. Die Nachkriegsgeschichte der Deutschen - und damit auch der Union - war gespalten. Wir mußten die Brücke schlagen vom Ahlener Programm 1947 und den Düsseldorfer Leitsätzen 1949 zum Ludwigshafener Programm 1978 bzw. zum jetzt vorliegenden neuen Entwurf. Zu den "Weizsäcker-Deutschen" sind die "Heitmann-Deutschen" hinzugestoßen - vom gleichen Stamm, aber groß geworden in einem anderen Land. Sie fühlen anders, sie denken anders, sie formulieren mitunter auch etwas anders. Das kann auch gar nicht anders sein nach 45 Jahren Trennung! Wir haben uns mit unserem Programm sowohl Gedanken über die Gestaltung des sächsischen Flügels im gesamtdeutschen Haus gemacht, als auch darüber, was zum Gesamtkonzept des Gebäudes aus unserer Sicht beizutragen wäre. Das, was wir unter dem eigenen Fundament verstehen und wo wir unsere Wurzeln sehen, haben wir in der Präambel des Programms zusammengefaßt. Dort sind zunächst die Namen einiger Gründungsmitglieder der sächsischen CDU genannt: Ludwig Kirsch und Hugo Hickmann, Reimer Mager, Ernst Eichelbaum und Carl Günther Ruland. Diese Namen stehen stellvertretend für viele, die nach dem Ende des 2. Weltkrieges die Mitwirkung von Christen in der Politik und an der Gestaltung und am Aufbau eines neuen, eines demokratischen und friedlichen Deutschlands für notwendig und wichtig hielten. Den Gründungsmitgliedern der Union steckte damals noch der Schrecken in den Knochen darüber, zu welchen Verbrechen Deutsche unter dem Nationalsozialismus fähig gewesen waren. Ich meine, dieser Schreck sollte auch niemals verdrängt werden. Wir müssen ihn wachhalten und von Generation zu Generation als Warnung weitervermitteln. Das hat allerdings nichts damit zu tun, daß Deutschland etwa niemals wieder als gleichberechtigter Partner innerhalb Europas und der Welt Verantwortung übernehmen könnte in der Weise, wie es andere Länder auch tun und tun müssen. Nichts anderes ist gemeint.

Während der Diskussion um den ersten Punkt der Präambel gab es auch Kritik in der Weise, daß doch dieser oder jener der eingangs genannten CDU-Gründer dann zu Beginn der DDR-Zeit nicht konsequent genug dem Machtanspruch der SED widerstanden habe. Die Programmkommission war aber - wie ich denke völlig zu Recht - der Meinung, daß es unzulässig ist, die Geschichte ausschließlich aus heutiger Sicht, mit heutigem Wissen und nach heute üblichen Kriterien rückwirkend zu beurteilen.

Die Gründer der Sächsischen Union waren sicher in ihren Entscheidungen nicht unfehlbar, so wie sich wohl auch kaum einer, der in der DDR gelebt hat, den Heiligenschein eines stets konsequenten Widerstandskämpfers aufsetzen kann.

Ich glaube, wir sollten überhaupt aufhören - besser noch -, wir sollten es uns einfach nicht gefallen lassen, wenn versucht wird, die DDR-Bevölkerung rückwirkend in einige wenige Opfer und ein paar Täter und in eine übergroße Mehrheit willenloser Mitläufer der SED einzuteilen.

Wenn das wirklich so gewesen wäre, dann hätte man das Volk nicht einmauern müssen und man hätte auf den Staatssicherheitsdienst weitgehend verzichten können.

Die Gründerväter der Sächsischen Union jedenfalls haben wegen ihrer Grundüberzeugung allesamt Schwierigkeiten mit dem SED-Regime bekommen (Im Anhang zu unserem Leittrag haben wir die Kurzbiographien der unter Punkt 1. erwähnten Persönlichkeiten dargestellt).

Bei alledem ist zu beachten, daß es zwischen 1945 und 1950 darum ging, Geist und Auswirkungen des Nationalsozialismus zu überwinden. Dazu gehörte unbedingt auch das Nachdenken darüber, wie für alle Zukunft ausgeschlossen werden kann, daß sich solches jemals wiederholt.

An diesen, gegen den Nationalsozialismus und gegen dessen Gedankengut gerichteten Geist knüpft die Sächsische Union an.

Es gehört zu den großen Lügen der Geschichte, daß Antifaschismus - abgesehen von der Absicht der Begriffsverwirrung, die mit diesem Wort verbunden ist - und Befürwortung des Sozialismus sozusagen untrennbar miteinander verbunden seien.

Diese diabolische These hat sich in vielen Gehirnen anscheinend unrevidierbar festgesetzt. Sie wirkt praktisch fort in dem Umkehrschluß: Jeder, der nicht wenigstens ein bißchen vom Sozialismus träumt, gehört in die rechte Ecke der politischen Werteskala.

Ephraim Kishon hat es in seinem 1990 erschienenen Buch: "Undank ist der Welten Lohn" auf den Punkt gebracht:

Er schreibt:

"Es gibt nur eine absolut risikofreie Lebensform: als Kommunist im Westen zu leben."

Heute leben zwangsläufig alle Kommunisten in Deutschland sozusagen im "Westen".

Die westdeutschen Meinungspäpste fühlen sich dadurch nicht unbedingt gestört. Nur eben die, die wegen eigener schlechter Erfahrungen für sozialistische Experimente nichts, aber auch gar nichts übrig haben - das ist nun mal ein großer Teil der Ostdeutschen -, die stören natürlich nachhaltig die Idylle.

Im Abwehrgeschehen werden jetzt die schweren Geschütze aufgefahren: Die Tinte abgründtiefer Verachtung für die dämlichen Ostdeutschen, verspritzt mit der spitzen Feder zynischer Überheblichkeit, Rufmord in konzertierter Aktion!

Es ist wieder sehr leicht geworden, mit liberalistischen Sprüchen und geschickt eingefädelten Kampagnen gegen alle überkommenen Werte zu Felde zu ziehen.

Das praktische Beispiel, wohin solches am Ende führt, die DDR, ist ja nicht mehr existent.

Gestatten Sie mir, noch auf einen anderen Aspekt der gespaltene deutschen Nachkriegsgeschichte einzugehen:

An den Folgen der Schuld, die Deutschland zwischen 1933 und '45 auf sich geladen hat, hatten die beiden Teile Deutschlands sehr unterschiedlich zu tragen.

Ich war 1945 drei Jahre alt.

Aber ich habe später das eingeeengte und erschwerte Leben im Ostteil Deutschlands immer auch als Folge dessen gesehen, was vor '45 geschehen war.

Es wird meist vergessen, daß das vielleicht für viele auch ein Grund gewesen sein könnte, die Misere eher geduldig zu tragen, als dagegen aufzubegehren.

Anders die Bevölkerung Westdeutschlands, die konnte sich sehr bald nach 1945 wieder in Freiheit und mit Tatkraft dem Aufbau des Landes und der Mehrung des eigenen Wohlstandes widmen, beinahe als sei nichts gewesen. Wir haben es ihnen gegönnt, und es war immer auch ein Stück Hoffnung für uns. Es kann sein, daß der baldige Übergang zur Tagesordnung bei vielen im Westen im Unterbewußtsein ein schlechtes Gewissen bis heute hinterlassen hat. Immerhin wäre es im freien Teil Deutschlands ohne weiteres möglich gewesen, die nationalsozialistische Vergangenheit etwas gründlicher aufzuarbeiten.

Wenn wir jetzt versuchen, das mit der DDR-Geschichte zu tun, fühlen sich manche unangenehm berührt. Wir bekommen deshalb laufend den Ratschlag, doch endlich damit aufzuhören.

Ich finde es nun nicht besonders redlich, wenn versucht wird, das schlechte Gewissen dadurch zu beruhigen, daß man jetzt mit der Medienkeule auf Ostdeutsche eindrischt, nur weil diese in Unkenntnis westlicher Begriffs-Tabus und aufgrund ihrer gänzlich anderen Nachkriegsgeschichte z.B. etwas unbefangener darüber nachdenken, was denn die zukünftige Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in Europa und in der Welt sein könnte.

Woher nehmen die führenden Meinungsmacher das Recht, sich zu

gesamtdeutschen Moralaposteln aufzuschwingen? Warum meinen sie, das Monopol zur Interpretation eines jeglichen öffentlich geäußerten Gedankens für alle Zeiten gepachtet zu haben?

Uns stünden ja immerhin auch ein paar Anfragen zu:

Warum demonstrierten 1956 westdeutsche Studenten gegen Franco, als aber die Rote Armee den ungarischen Aufstand niederschlug, als Panzer ganze Viertel Budapests dem Erdboden gleichmachten, schwieg die linksintellektuelle Welt.

Die Studenten demonstrierten immer noch gegen Franco und auch schon mal gegen die USA oder den angeblich faschistischen Staat in Westdeutschland, als 1968 der Prager Frühling auf ähnliche Weise beendet wurde.

Warum hat nie jemand gegen die Verbrechen an der innerdeutschen Grenze demonstriert oder keiner dagegen, daß ein Teil des deutschen Volkes eingemauert wurde?

Warum hat kaum jemand auch nur mit einem Wort erwähnt, daß unter Stalin Millionen Menschen ermordet wurden und daß in der gesamten Sowjetunion zu allen Zeiten bittere Armut herrschte? Man rannte mit Mao-Bibeln rum, liebte Ho Chi Minh und Che Guevara - die antisemitischen Umtriebe in der großen Sowjetunion übersah man geflissentlich.

Es gibt aber auch schöne Beispiele aus dem Schatzkästlein der Agitation und einseitigen Blindheit aus jüngster Zeit.

Da kann es durchaus schon mal vorkommen, daß die von der SED angelegten Personenakten und Spitzelberichte, jetzt von den Auftraggebern dieser Dossiers auf ganz einfallsreiche Weise weiterverwendet werden.

Indem sie nämlich mit Hilfe ihrer Akten jetzt gutachterlich tätig sind, z.B. bei der Frage, wer denn früher im genügenden Maße gegen sie Widerstand geleistet hat.

Sind Aufmüpfigkeits-Hinweise in den Akten nicht auffindbar, gilt das neuerdings als ehrenrührig für den Betroffenen, ungeachtet der Tatsache, daß die Herren der Auskunftei selbst auch ein ganz klein wenig daran beteiligt waren, daß Akten verschwunden sind.

Eine solche unverschämte Verhöhnung eines großen Teils der einstigen DDR-Bevölkerung bleibt heute in Deutschland unwidersprochen oder besser, sie wird mit großem Wohlwollen aufgegriffen.

Ich zitiere aus der Mitteilung einer Nachrichtenagentur vom 23.9.93:

"PDS-Aktive, wie der Ehrenvorsitzende Hans Modrow, rechnen damit, daß manches Papier aus damaliger Zeit einem künftigen Bundespräsidenten Heitmann vor die Füße fallen könnte. Ein Dokument über den Vor-Wende-Heitmann gilt bei manchem als Lebensversicherung, sagt ein Funktionär der SED-Nachfolgepartei aus Chemnitz."

Der Begriff Ehre hat in Deutschland in den letzten Jahren offenbar einen ganz eigenartigen Bedeutungswandel erfahren.

Es fehlt nur noch eine kleine Aktion mit dem wohlklingenden Anspruch "Versöhnung statt Vergeltung" - und es sollte mich nicht wundern, wenn demnächst ein Hinweis von Erich Mielke über die Eignung eines Kandidaten in deutschen Landen auf wohlwollende Akzeptanz stößt.

Es mag ja sein, daß wir konturenarmen Nischen-Ossis das alles nicht richtig verstehen - aber wir werden doch mal fragen können!

Und da wir uns mit solchen Fragen ohnehin die Blöße gegeben haben, sehr wenig welterfahren zu sein, vor 1989 kaum Kontakte zu den wichtigen internationalen Persönlichkeiten unterhalten zu haben, kommt es nun auch nicht mehr darauf an. Wir können, da der Ruf nun mal ruiniert ist, auch folgendes ohne weiteres zugeben:

"Die Sächsische Union jedenfalls hält es für wichtig, daß sich die Deutschen ohne Beklemmung, aber auch ohne jegliche Überheblichkeit als eine Nation verstehen und daß Deutschland in einer sich neu ordnenden Welt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit als stabilisierende und friedensstiftende Kraft Verantwortung übernimmt." So haben wir es in unserem Programm formuliert.

Die Sachsen haben ihr Selbstbewußtsein wiedergewonnen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es im vereinten Deutschland durchaus auch Leute gibt, die das wohlwollend zur Kenntnis nehmen und anerkennend beurteilen.

Ebenso könnte es Deutschland gehen in einem sich einigenden Europa.

Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, der uns im Sächsischen Landtag zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1992 die Festansprache hielt, der hat uns ernst genommen, und er sagte uns: "Die wichtigste Ebene, auf der das ganze deutsche Volk, alle Deutschen sich treffen sollten, ist die riesige, reiche deutsche Kultur."

Und auch Ignaz Bubis sagte uns am vergangenen Sonntag, daß den Deutschen etwas mehr Patriotismus durchaus gut zu Gesicht stünde.

Für den europäischen Einigungsprozeß dürfte es nicht unerheblich sein, wie stabil die Demokratie in Deutschland auch künftig sein wird.

Ich glaube, daß es diesbezüglich durchaus berechtigten Anlaß zur Sorge gibt.

Schenkt man jüngsten Umfrageergebnissen Glauben, so war das Ansehen der Politiker und der politischen Parteien nach dem Krieg noch niemals auf einem solchen Tiefpunkt wie zur Zeit.

Und ich bin sicher, daß sich im Hintergrund darüber bestimmte Kreise, die mit dieser Demokratie noch nie etwas im Sinn hatten, die Hände reiben.

Man mag viel über notwendige Veränderungen nachdenken. Zweierlei halten wir jedoch für bewahrenswert, ja unverzichtbar:

die repräsentative Demokratie und die politischen Parteien, die einen wichtigen Auftrag im demokratisch verfaßten Staatswesen zu erfüllen haben.

Gegenwärtig wird die Meinung genährt, daß alles, was mit Parteien zu tun hat, vom Teufel sein muß, und daß jede in einem Parlament mit Mehrheit getroffene Entscheidung eine Vergewaltigung des Volkswillens darstellt.

Mir ist völlig unverständlich, daß sich im Lande auch hierzu kaum jemand findet, der diesem Unsinn nachdrücklich widerspricht.

Und das Traurige ist, daß man es offenbar am allerwenigsten von denen erwarten kann, die unter dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland viele Jahre hervorragend leben konnten.

Daß einige, die die Bundesrepublik Deutschland nie mochten und wollten, ihr auch nach der Wiedervereinigung nicht zujubeln, kann ich verstehen.

Daß auch diejenigen, die sich die Wiedervereinigung zwar herbeigeseht hatten, aber heute ihre Probleme mit der schwierigen Umstrukturierung haben, eher nüchtern und verhalten reagieren, ist menschlich wohl auch verständlich.

Daß aber die nicht unbeträchtliche Zahl derer, denen es gut oder gar sehr gut geht, zum großen Teil nicht im geringsten etwa zu der Erkenntnis gelangt:

"Diese Bundesrepublik Deutschland ist mein Staat, der mir die Freiheit garantiert, der mir viele Möglichkeiten eröffnet, in dem man so leben kann, daß viele Völker nur davon träumen können - für dieses Staatswesen muß ich auch mal was tun, was übrig haben, für dessen Zukunft mich einsetzen, stolz darauf sein - die Demokratie verteidigen, überkommene Besitzstände auch mal in Frage stellen lassen", daß daran nur wenige denken, das kann sich zur wirklichen Katastrophe unserer Zeit auswachsen.

Es wäre falsch zu behaupten, die Bundesrepublik Deutschland sei ein ideales Staatswesen, an dem es nichts zu verbessern gäbe.

Oder die demokratische Ordnung sei perfekt, und alles könne so bleiben, wie es immer gewesen ist.

Nicht erst durch das Hamburger Wahlergebnis - schon eher ist doch das folgende klar erkennbar gewesen:

Das alte Wechselspiel zwischen den beiden großen Parteien funktioniert nicht mehr. Des einen Verlust ist nicht mehr automatisch der Gewinn des anderen. Sie verlieren beide!

Die Menschen trauen den etablierten Parteien nicht mehr zu, daß sie in der Lage sind, die schwierigen Probleme des Landes zu lösen.

Es macht zumindest den Anschein - und ich meine, es ist auch so:

Die Parteien kümmern sich in erster Linie darum, ihre Macht zu erhalten oder an die Macht zu gelangen. Das ist sicherlich ein legitimes, demokratisches Spiel der Kräfte. Die "regierende" Partei oder Parteienkoalition neigt jedoch i.a. dazu, allzu leicht wider die eigene Überzeugung und zum Schaden für die langfristige Entwicklung das zu tun und dem nachzugeben, was die sogenannte öffentliche Meinung gerade gebietet, um es beim Wähler nicht zu "verscherzen".

Die Opposition andererseits hat offenbar nicht das geringste Interesse daran, daß es die Regierenden richtig machen - und sie wird jede Entscheidung kritisieren, auch wenn sie genau weiß, daß sie richtig ist, und daß sie es, wenn sie regieren würde, genau so gemacht hätte.

Nur scheint niemand einzukalkulieren, daß das die Bürger schon lange gemerkt haben, weil es den mündigen Bürger inzwischen gibt, von dem vorher alle geredet hatten, daß es ihn geben müsse.

Daß die gewählten Politiker aber die Probleme des Landes lösen, zumindest soweit es an ihnen ist, das können die Bürger zu Recht erwarten.

Leider ist es in den letzten Jahren - nicht erst seit der deutschen Einheit - des öfteren der Fall gewesen, daß notwendige Entscheidungen deshalb nicht getroffen werden konnten, weil sich die etablierten Parteien gegenseitig blockierten, und zwar unter strikter Einhaltung der demokratischen und durch die Verfassung gesicherten Spielregeln.

Ich denke da an die Asylgesetzgebung oder die Pflegeversicherung. Begründbar ist es wohl in jedem Fall gewesen, warum die Entscheidung jeweils nicht getroffen werden konnte.

Nur ist es dem Volk inzwischen völlig egal, warum es nicht geht. Die Gefahr, einer Anfälligkeit gegenüber politischen Kräften, die einfache und radikale Lösungen versprechen, ist ganz offensichtlich im Wachsen begriffen.

Ich habe manchmal den Verdacht:

Die demokratische Ordnung, so wie sie jetzt verfaßt ist, läßt es im Grunde zu, daß sie sich selbst abschafft.

Es ist nach unserer Überzeugung richtig, behutsam mit dem bewährten Grundgesetz umzugehen. Es muß aber auch erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob manches, was erfahrungsgemäß über die Maßen große Schwierigkeiten bereitet, nicht doch zu ändern wäre.

Warum sollte es z.B. nicht möglich sein, in Fällen, die innerhalb einer angemessenen Frist im Parlament nicht zu lösen sind, eine Volksbefragung zwingend vorzuschreiben.

Vielleicht könnte eine solche Vorschrift schon allein durch ihre Existenz dazu beitragen, den parlamentarischen Gang der

Dinge mitunter wesentlich zu beschleunigen.
 Die Parteien können sich kein neues Wahlvolk suchen, sondern sie müssen die Notsignale der Zeit ernst nehmen.
 Die Sächsische Union ist dabei, über notwendige Reformen in der eigenen Partei nachzudenken.
 Ziel all dessen muß sein, die Demokratie zu stärken und möglichst viele zur Mitwirkung zu motivieren.
 Für groben Unfug hielte ich es jedoch, jetzt massenhaft sogenannte STATT- oder ANSTATT-Parteien zu gründen. Die Behauptung, die etablierten Parteien hätten total versagt, ist zumindest im Osten keinesfalls stichhaltig, nachdem es erst etwa vier Jahre überhaupt wieder demokratische Parteien gibt.
 Wollen wir etwa alle vier Jahre neue Parteien gründen? Und meinen wir, daß dann alles besser wird? Ich kann mir vorstellen, daß mit vielen kleinen Parteien Entscheidungen noch eher sehr viel schwieriger zu treffen sein werden.
 Ich kann allen, die so sehr parteienverdrossen sind, eine gute Lösung ihres Problems anbieten. Sie sollen sich in ihrem Heimatort mal die Mitglieder der demokratischen Parteien abzählen, das ist meist an einer Hand möglich.
 Bei rund 25.000 CDU-Mitgliedern und 3000 Gemeinden in Sachsen ergibt das durchschnittlich etwa 8 CDU-Mitglieder je Gemeinde. Und wenn es in einem Ort 8 CDU-Mitglieder gibt, dann gibt es dort höchstens drei SPD-Mitglieder.
 Es genügt also, wenn ein außerordentlich geringer Anteil der ach so unzufriedenen Bürger und Wähler in diese Parteien einträte, um sofort in ihnen die Mehrheit zu gewinnen. Damit ließe sich doch dann am besten die Politik um- und neugestalten.
 Das ist allerdings dann ein wenig anstrengender, als nur das nachzureden, was beinahe täglich verbreitet wird.
 Die Sächsische Union ist offen für die Mitwirkung vieler - und da meinen wir, daß uns alle willkommen sind, die sich in der DDR von der SED ferngehalten haben. An eine massenweise Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder denken wir dabei nach wie vor nicht. Da bleiben wir im Notfall lieber im Durchschnitt 8 Mitglieder je Gemeinde.
 Gestatten Sie mir noch ein paar Sätze in Anknüpfung an die bereits geäußerten Gedanken zur Parteireform.
 Daraus, wie unsere Programm-Diskussion gelaufen ist, lassen sich meines Erachtens ein paar nützliche Lehren ziehen. Die politische Arbeit in den klassischen Strukturen, Landesverband - Kreisverband - Ortsverband - Stadtverband - Gemeindeverband, läßt sich ganz offensichtlich derzeit nur mit äußerster Kraftanstrengung einzelner einigermaßen in Gang halten.
 Die Arbeit beschränkt sich in der Regel auf die Vorstände. Das funktioniert etwa bis zur Kreisebene. Auf Gemeindeebene tut sich in der Regel kaum etwas.
 Die Aktivposten liegen woanders:

Die vom Landesvorstand eingesetzten Fachausschüsse haben eine ganz ausgezeichnete Arbeit geleistet - ich erwähnte es schon im Bericht.
 Das trifft auch auf unsere Vereinigungen und Sonderorganisationen zu. Und in Ergänzung dessen haben sich auf ganz freiwilliger Grundlage und ohne großen Organisationsaufwand im Lande Gesprächskreise gebildet - z.B. die eingangs erwähnten -, die zu bestimmten Themen Beiträge erbringen und das Bild der Sächsischen Union bunter machen.
 Mir scheint, daß der Anspruch, bei allen möglichen Themen mitreden zu müssen, die Menschen i.a. überfordert.
 Werden jedoch Möglichkeiten eröffnet, je nach Interessenlage an ganz bestimmten, enger umrissenen Themen mitzuarbeiten und mitzugestalten - dazu ist die Bereitschaft groß. Das sollten wir nutzen und fördern. Und das sollte mit einbezogen werden, wenn wir an Reformen in der Partei denken.
 Wobei ich damit nicht gesagt habe, daß wir die Arbeit im Gemeindeverband auf Dauer vernachlässigen können.
 Die Sächsische Union hat einen eigenen Programmentwurf erarbeitet:

- Wir müssen uns unseres Ursprungs nicht schämen.
- Unsere Grundlagen sind tragfähig.
- Wir stehen auf der Seite derer, die Widerstand geleistet haben gegen die Diktaturen.
- Wir bekennen, daß es auch Versagen gegeben hat.
- Wir haben einen Neuanfang gemacht und zu Erneuerung gefunden.
- Wir wollen dem Volk dienen und Verantwortung tragen.
- Wir sind offen für die Mitwirkung vieler.
- Wir treten ein für Wahrheit und Gerechtigkeit.
- Wir nennen es klar beim Namen: Der Wesenskern der sozialistischen Ideologie war und ist falsch, und diese Ideologie hat sich in ihren Auswirkungen als verheerend und unmenschlich erwiesen.
- Wir sehen es als die wichtigste Aufgabe aller Deutschen an, die innere Einheit in Freiheit gemeinsam zu gestalten. Die Herausforderungen des Umbruchs eröffnen Chancen für ganz Deutschland.
- Wir unterstützen die Einigung Europas und nehmen dabei auch unsere Nachbarstaaten und die Staaten Ost- und Südosteuropas in den Blick.
- Wir stellen uns der erweiterten Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands.
- Wir wollen die Demokratie stärken, schützen und verteidigen.
- Wir müssen die Zukunft der kommenden Generationen sichern.

Wir stehen ein für

- ein starkes Sachsen im vereinten Deutschland
- starke Kommunen im Freistaat Sachsen
- die Partnerschaft der Generationen und von Mann und Frau
- Verantwortung und Freiheit.

Was wir im einzelnen darunter verstehen, haben wir im Programmwurf dargelegt.

Deutschland ist schön und es hat mit der Vereinigung hinzugewonnen. Deutschland ist nicht ärmer, sondern reicher geworden, reicher u.a.

- * um das Sächsische Vogtland und das Sächsische Erzgebirge,
- * um Nordwestsachsen mit Leipzig
- * und Südwestsachsen mit Chemnitz,
- * um Mittelsachsen mit der Landeshauptstadt Dresden, dem wiedererstehenden Elb-Florenz.

Es ist reicher geworden um die Sächsische Lausitz

- * und die Sächsische und Niederschlesische Oberlausitz,
- * um die Menschen in Sachsen, die als gemütlich und liebenswürdig gelten,
- * und die leistungsfähig und entschlossen sind, ihr Land wieder aufzubauen.

Wir alle erinnern uns noch daran, als die einzig rechtmäßige Partei in ihrer führenden Rolle lauthals Programme verkündete, so als sei alles bereits Wirklichkeit, was auf dem Papier stand.

Wir sind heute sehr viel weniger sicher, daß alles genau so kommt, wie wir es uns vorgenommen haben, weil wir einkalkulieren, daß sich Menschen irren können. Vielleicht liegt gerade darin die Zuversicht begründet, daß unser Bemühen nicht ganz ohne Erfolg bleiben wird.

Druck: Union Druckerei Dresden GmbH
Prießnitzstraße 39 Telefon: (03 51) 5 49 28
01099 Dresden Telefax: (03 51) 5 58 07